

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verantwortlicher und Chefredakteur:
J. F. Klühs
Fernsprecher: Amt Dörfel 4196/4198



Aufschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin OS 61, Belle-Alliance-Platz 6
Drahtanschrift: Copedienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund freierbestimmter Genehmigung gestattet. Genehmigung bedarf nicht 4 Wochen vor dem Erscheinungstermin, wenn nicht anders verordnet ist. Erscheinungsort für jede Seite ist Berlin.

Berlin, den 17. August 1932

Int. Marktamt
Soz. Geschichtens
Amsterdam

Nicht Agitation, sondern Ausweg!

SPD. Die angekündigten Anträge der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion auf Umbau der Wirtschaft und Sicherung der Existenz der notleidenden Volksschichten haben in einem Teil der kapitalistischen Presse schon jetzt eine heftige Kritik hervorgerufen. Besonders besorgt um das Schicksal des Kapitalismus und der Grundpfeiler der bürgerlichen "Ordnung" ist die "Kölnische Zeitung". Schon die Ankündigung des Reichsinnenministers von Gayl über die Aenderung der Weimarer Verfassung hat sie besorgt gemacht. Sie schrieb:

"Die Frage ist nur, ob dem jetzigen Reichstag mit 72,9 Prozent sozialistischen Stimmen eine Reform der Verfassung übertragen werden soll. Man könnte dann erleben, dass durch die einmal hochgezogenen Schleusen sich ein sozialistischer Sturzbach ergiessen würde, der manches mit fortschwemmt, was in der Weimarer Verfassung als Grundpfeiler der bürgerlichen Ordnung steht."

Die Furcht vor dem "sozialistischen Sturzbach" leitet die "Kölnische Zeitung" auch bei der Kritik der sozialdemokratischen Anträge. Sie behauptet deshalb, die Anträge verfolgen hauptsächlich einen agitatorischen Zweck und sollten die Nationalsozialisten zwingen, Farbe zu bekennen. Daher bringe die Sozialdemokratie jetzt Anträge ein, die sie früher bekämpft und abgelehnt hat.

Was die "Kölnische Zeitung" dafür an Tatsachen anführt, ist falsch. Sie behauptet, dass die Nationalsozialisten im vergangenen Jahre eine Winterhilfe beantragt hätten, die von der Sozialdemokratie abgelehnt worden sei. In Wirklichkeit hatten die Nationalsozialisten überhaupt keinen Antrag auf Winterhilfe gestellt, während die von der Regierung Brüning durchgeführte Winterhilfe durch einen sozialdemokratischen Antrag veranlasst worden ist. Ebenso abwegig ist die Bemerkung, dass die jetzigen Anträge der Sozialdemokratie vermutlich alle noch vor einem Jahre von ihr selbst als demagogisch abgelehnt worden wären. Schon im letzten Reichstag hat die Sozialdemokratie Anträge auf Verstaatlichung der Montanindustrie, auf Kartellkontrolle usw. gestellt. Die jetzigen Anträge befinden sich also nicht im Widerspruch zu der Haltung, die die Sozialdemokratie früher eingenommen hat.

Die Anträge gehen allerdings wesentlich weiter als bisher. Aber neben allen anderen Gründen ist das darauf zurückzuführen, dass inzwischen die Wirtschaftskrise weiter fortgeschritten ist, die Aussichten auf Beseitigung der Krise mit kapitalistischen Mitteln von Tag zu Tag geringer werden und vor allen Dingen der Wille der übergrossen Mehrheit des Volkes nach einem sozialistischen Ausweg aus der Krise durch die letzten Reichstagswahlen eine gewaltige Verstärkung erfahren hat. Das Programm der Sozialdemokratie, das in dem Dutzend Anträgen enthalten sein wird, das die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion am kommenden Freitag beschliessen wird, soll infolgedessen zeigen, wie die Wirtschaftskrise überwunden werden kann, die durch das Versagen des Kapitalismus zu einem immer weiteren Anwachsen von Not und Verzweiflung geführt hat.

Es ist falsch, anzunehmen, dass die Sozialdemokratie diese Anträge nur aus der Erwägung stellt, die Nationalsozialisten zu entlarven oder ein bequemes

Agitationsmittel zu haben. Das Ziel der Sozialdemokratie ist vielmehr, den der Verzweiflung nahen Volksschichten einen Ausweg aus der Wirtschaftskrise zu zeigen. Sie will selbstverständlich zugleich die antikapitalistisch gesinnten Kräfte, die jetzt noch im Lager der Nationalsozialisten stehen und dort als Stützen des Kapitalismus missbraucht werden, für sich gewinnen, um ihrem Streben die Erfüllung zu verschaffen.

Dass diese Absicht politisch überaus bedeutsam ist, zeigen die Vorgänge, die sich gegenwärtig im Lager der Nationalsozialisten abspielen. Vor kurzem hat der nationalsozialistische Abgeordnete Graf Reventlow die Forderung nach der Sozialisierung der Grossindustrie und der Banken erhoben, Forderungen, die sich im Ziel mit denen der Sozialdemokratie decken. Graf Reventlow wurde daraufhin, wie berichtet wird, aufgefordert, in seiner Wochenzeitung eine Erklärung zu bringen, dass sein Sozialisierungsprogramm lediglich eine Privatarbeit sei und nicht zu tun habe mit gleichen oder ähnlichen Forderungen der "marxistischen" Parteien. Graf Reventlow soll dieses Ansinnen jedoch abgelehnt und im übrigen darauf hingewiesen haben, dass mindestens 100 Mitglieder der neuen Reichstagsfraktion hinter ihm und seinen Forderungen ständen. Ein weiterer Teil der Fraktion müsste sich freiwillig oder unter Druck hierzu bekennen, wenn erst die Diskussion dieser Forderung, zu deren Verwirklichung zum ersten Male seit dem November 1918 die notwendige verfassungsändernde Mehrheit vorhanden sei, innerhalb der Parteimitgliedschaft abgeschlossen worden sei. Zum Schluss soll Reventlow versichert haben, er und seine Freunde würden den sozialdemokratischen Sozialisierungsanträge im Reichstag ihre Stimme geben; es sei ganz gleichgültig, von welcher Seite aus der Sozialismus ins Rollen gebracht würde. Es käme nur darauf an, dass ganze Arbeit geleistet würde und die Anträge der Sozialdemokratie seien eine brauchbare Grundlage hierzu. Wegen dieser Haltung soll gegen Graf Reventlow ein Verfahren von den Parteinstanzen eingeleitet worden sein.

Bei dem bisher im Lager Hitlers herrschenden Kadavergehorsam mag die Aufsassigkeit Reventlows wohl seltsam erscheinen. Aber Reventlow war von je ein Eingänger, es braucht also nicht wunder nehmen, wenn er der "antikapitalistischer Sehnsucht", von der Gregor Strasser sprach, betonter Ausdruck gibt als Hitler selbst und dabei auch Gefolgschaft in seiner Fraktion findet. Auf jeden Fall zeigt der Vorgang, dass die Sozialdemokratie auf dem richtigen Wege ist und dass sie die Aufgabe hat, alle Kräfte zu sammeln, die den Sozialismus als die Rettung aus der Wirtschaftskrise ansehen.

SPD. Der Reichsinnenminister Freiherr von Gayl hatte in seiner Rede zur Verfassungsfeier im Reichstag nicht nur die Verfassung von Weimar, sondern auch das Wahlrecht als "reformbedürftig" bezeichnet. Es sollen nicht "Nummern", sondern "Persönlichkeiten" gewählt, die Stimmen unmündiger Volksgenossen nicht gleich gewertet werden den Stimmen der Familienernährer und den Müttern. Freiherr von Gayl ist bei diesen Andeutungen stehen geblieben. Deutlicher wird "Der Ring", das Organ des deutschen Herrenklubs, dem ja die prominenten Mitglieder der jetzigen Regierung entstammen. In Heft 33 verlangt das Blatt, dass die Listen fallen und dafür der Einmann-Wahlkreis kommen müsse, in dem sich die "Persönlichkeit" durchsetzen könne. Die "Entartung des Wahlrechts" solle beseitigt werden durch die Heraufsetzung des Wahlalters, durch eine verschiedene Bewertung der Wahlstimmen, bei denen auch "schon vergessene pluralwahlrechtliche Erwägungen eine Rolle spielen müssten. Zu alledem solle auch noch das Proportionalwahlssystem verschwinden.

Zurück also zum Klassenstaat, zurück zu einem Wahlsystem, bei dem wie in der Vorkriegszeit "Besitz und Bildung" bestimmend sind! Jetzt wissen wir also, was von der "Reform" der Verfassung und des Wahlrechts zu erwarten ist. Die Volksmassen sollen politisch entrechtet werden, damit das schwerindustrielle Kapital, der Grossgrundbesitz und die hohe Bürokratie den Staat endgültig zur Wohlfahrtsanstalt für sich selbst machen können!

SPD. Stuttgart, 17. Aug. (Eig. Drahtb.)

Nach fünftägiger Verhandlung wurde in der Nacht zum Mittwoch um 11 Uhr von der Grossen Strafkammer in Stuttgart das Urteil in einem Landfriedensbruchprozess gesprochen, der gegen 17 Angeklagte wegen eines nächtlichen politischen Tumults in der Stuttgarter Arbeitervorstadt Feuerbach am 3. Juli angestrengt worden war. Der Tumult hatte vor dem "Hirsch", dem Feuerbacher Gewerkschaftshaus, zwischen Kommunisten, Reichsbannerleuten und Nationalsozialisten stattgefunden. Die Nationalsozialisten waren in geschlossenem Zuge am "Hirsch" vorbeigezogen und der Streit drehte sich darum, ob dies mit der Absicht eines Angriffs erfolgt war oder nicht. Die Anklagebehörde vertrat die Auffassung, dass die Nationalsozialisten nur harmlose Absichten gehabt hätten, während von Zeugen Äusserungen von SA-Leuten bekundet wurden des Inhalts: "Wenn wir am "Hirsch" vorbeikommen, dann heben wir ihn aus!" Als sie dann wirklich vorbeikamen, entstanden Schlägereien, doch waren gerade die Urheber der ersten Schläge und Steinwürfe nicht festzustellen, sodass die Frage, wer denn die Hauptschuld an den Zusammenstössen trägt, überhaupt nicht geklärt werden konnte. Im ganzen sind dann zehn Leute verletzt worden, darunter zwei Polizeibeamte, fünf SA-Leute und drei Kommunisten. Der Staatsanwalt kam zu ganz ungeheuerlichen Straf- anträgen, besonders gegen den Hauptangeklagten, den 25 jährigen Hilfsarbeiter König, gegen den er wegen erschwerten Landfriedensbruchs, gefährlicher Körperverletzung aus politischem Beweggrund usw. eine Zuchthausstrafe von 2½ Jahren beantragte. Gegen drei Kommunisten beantragte er je 1½ Jahre Zuchthaus, im übrigen Gefängnisstrafen von 1 Jahr 3 Monaten bis herunter zu 6 Monaten.

Das Gericht sah die Angelegenheit jedoch wesentlich milder an. Es erkannte gegen König zwar auch auf schweren Landfriedensbruch, verurteilte ihn aber nur zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis. Gegen drei Kommunisten wurden Gefängnisstrafen von 10, 8 und 5 Monaten, gegen drei weitere Angeklagte, darunter ein Nationalsozialist, 4 Monate 15 Tage, 3 Monate und 4 Monate Gefängnis verhängt. Sieben weitere Angeklagte, darunter je zwei Reichsbannerleute und Nationalsozialisten, wurden freigesprochen.

SPD. London, 17. Aug. (Eig. Drahtb.)

Eine Stimmung des Triumphs erfüllt England: die gewaltigste Operation zur Zinsenkung auf Staatsanleihe in seiner, ja in der Weltgeschichte, ist gelungen. Der Erfolg ist grösser als selbst die stärksten Optimisten vorauszusagen wagten. 2087 Millionen Pfund 5prozentiger Kriegsanleihe konnten seit zwei Jahren vom Staat gekündigt werden; kein Schatzkanzler hatte bisher die Möglichkeit gesehen, diesen gewaltigen Betrag durch eine neue Anleihe zu niedrigerem Zinsfuss zu ersetzen. Die Gefahr, dass mehr Rückzahlungen verlangt würden als man ohne ernsthafte Erschütterung der Finanzen aufbringen könnte, war zu gross. Auch als vor einigen Wochen am Ende einer gleichgültigen und monotonen Unterhausdebatte Mr. Chamberlain den sensationellen Konversionsplan ankündigte, musste sein Unterfangen als ein gewagter Schritt angesehen werden. Damals stand noch kein einziges englisches Staatspapier auf einer 3½ prozentigen Basis. Aber der Mut hat sich belohnt: die Besitzer von nicht weniger als 1850 Millionen Pfund haben ihre Bereitschaft zu konvertieren mitgeteilt, und nur auf 48 Millionen wurde Rückzahlung, die am 1. Dezember fällig ist, verlangt. 187 Millionen bleiben noch unentschieden; aber "nichts ist so erfolgreich wie Erfolg" sagt ein englisches Sprichwort, und man kann damit rechnen, dass der grössere Teil der noch unentschiedenen Anleihebesitzer sich noch zur Konversion entschliesst, vielleicht werden sogar noch manche von denjenigen, die gekündigt haben, ihren Entschluss rückgängig machen. Dieser weitere Erfolg hängt davon ab, wie sich die Kurse für englische Staatspapiere in den nächsten Wochen bewegen, besonders, ob eine Börsenhausse in Wallstreet Kapital aus englischen Staatspapieren in amerikanische Anlagen zieht. In jedem Fall aber ist die Aufgabe des Schatzamtes, die Mittel für die Rückzahlung gekündigter Anleihen zu finden, eine leichte; es wäre

möglich, die notwendigen Mittel ausschliesslich durch Erhöhung der schwebenden Staatsschuld zu beschaffen.

Der Konversionserfolg bedeutet für den englischen Staatshaushalt - unter Berücksichtigung der durch ihn auch eintretenden Senkung des Ertrags der Einkommensteuer - eine jährliche Ersparnis von über 22 Millionen Pfund (im laufenden Finanzjahr allerdings kostet er durch Bonusauszahlung usw. etwa ebensoviel). Das erscheint bei einer mit etwa 800 Pfund balancierenden Bilanz nicht allzuviel, aber es sieht schon besser aus, wenn man es mit den schwierigen Abstrichen von den einzelnen Budgetposten, die im letzten Herbst gemacht wurden, vergleicht. Die Bedeutung der Operation endet jedoch nicht hiermit. Die Beseitigung des gewaltigen Blocks mit dem 5 prozentigen Nominalzins macht eine andauernde Besserung des englischen Staatskredits, etwa auf einer $3\frac{1}{2}$ prozentigen oder niedrigeren Basis, erst möglich. Eine entscheidende Bresche in die schwere Last der englischen, im Kriege angeschwellenen Staatsschuld geschlagen worden, deren Bürde nicht, wie in allen anderen Ländern, durch eine mehr oder minder weit getriebene Inflation erleichtert, sondern durch die Rückkehr zur Vorkriegsparität des Pfundes erschwert wurde. Der Schuldbetrag selbst bleibt freilich unverändert, und ob die Zinssenkung genug Erleichterung bringt, um die Belastung der englischen Wirtschaft mit den unproduktiven Zahlungen genügend zu vermindern, bleibt abzuwarten. Aber die Bedeutung der Konversion endet auch nicht mit den Wirkungen auf die Staatskasse. Der englische Regierungskredit, als der beste Kredit, dient als Richtschnur für das ganze Kreditsystem. Wird seine Basis auf einen niedrigeren Satz gesenkt, so können die Zinssätze der Wirtschaft überall angepasst werden; Verbilligung des langfristigen Kredits, eine wichtige Voraussetzung der Wirtschaftserholung, ist also gegeben. Solche Erwägungen mögen im Augenblick, wo so viele ausserwirtschaftliche Faktoren das Zinsniveau bestimmen, wo dieses vielfach seine Rolle als Wirtschaftsregulator ausgespielt zu haben scheint, abseitig erscheinen; aber sie mögen eines Tages wieder eine wichtige Rolle spielen und gerade die Kriegsanleihekonzersion, die auf der Basis solcher "altmodischen" Zinserwägungen und strenger, auf Budgetausgleich gerichteten Finanzpolitik erfolgt ist, spricht für die Lebendigkeit solcher Grundsätze auch noch heutzutage.

SPD. Im Verfassungsstreit Preussen gegen das Reich hat die Preussische Staatsregierung dem Staatsgerichtshof die Erwiderung der preussischen Staatsminister auf die Klagebeantwortung der Reichsregierung übersandt. Die Erwiderung, die vom stellvertretenden Preussischen Ministerpräsidenten Dr. Hirtsiefer im Namen der übrigen preussischen Staatsminister unterzeichnet ist, schildert zunächst eingehend die Vorgänge am 20. Juli und an den folgenden Tagen. Die mitgeteilten Tatsachen ergeben nach Auffassung der preussischen Staatsminister, dass die Reichskommissare sämtliche Befugnisse der preussischen Staatsminister in Anspruch genommen haben und zwar auch die verfassungsrechtlich allein den Ministern vorbehaltenen Funktionen. Sodann werden im einzelnen die Vorwürfe der Pflichtverletzung widerlegt, die die Reichsregierung gegen Preussen erhoben hat. Darüber hinaus wird festgestellt, dass sämtliche Vorwürfe erst nach Erlass der Verordnung des Reichspräsidenten den Ministern mitgeteilt sind, und dass einige sogar erst am 5. August nachträglich zur Begründung der Verordnung herangezogen worden sind.

Der dritte Abschnitt erläutert den Klageantrag und bringt ihn zu den inzwischen eingegangenen Anträgen Bayerns und Badens in Beziehung.

Sodann folgen die rechtlichen Ausführungen. Da die Reichsregierung ihr Vorgehen sowohl auf Art. 48 Abs. 1 (Exekution wegen Verletzung der Landespflichten gegenüber dem Reich) wie auf Abs. 2 (Massnahmen zur Wiederherstellung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung) gestützt hat, stellt der vierte Abschnitt zunächst fest, dass in Preussen die öffentliche Ruhe, Sicherheit und Ordnung keineswegs gefährdet war, dass daher Vorschriften auf Grund des Art. 48 Abs. 2 überhaupt nicht erlassen werden durften, dass ausserdem Art. 48 Abs. 2 niemals die Einsetzung eines Reichskommissars mit so weitgehenden Befugnissen rechtfertigen

kann. Besonders darf der Reichspräsident auf Grund dieser Vorschrift keine Landesregierung und keine Mitglieder der Landesregierung im Sinne der Art. 17 und 63 der Reichsverfassung bestellen, auch darf er nicht - entgegen Art. 129 R.V. - in wohlerworbene Rechte der Beamten eingreifen.

Aber auch Art. 48 Abs. 1 sei nicht anwendbar. Eine Pflichtverletzung des Landes Preussen ist nicht nachgewiesen. Die Reichsregierung hat in ihrer Klageantwortung zunächst das Verhalten einiger Beamten bemängelt. Diese Bemängelungen gehen jedoch, wie ausführlich nachgewiesen wird, von unrichtigen Voraussetzungen aus. Die Reichsregierung hat ferner behauptet, dass das Preussische Ministerium des Innern nicht mit der genügenden Energie gegen die Kommunisten vorgegangen sei. Auch dieser Vorwurf wird an der Hand eingehenden Tatsachenmaterials widerlegt. Ausserdem ist das Vorgehen des Reichs schon formal zu beanstanden. Denn Voraussetzung einer jeden Exekution auf Grund des Art. 48 Abs. 1 ist - wie das auch 1923 gegenüber dem Lande Sachsen der Fall war - eine vorhergehende Mitteilung an die Landesregierung, in welchen Vorkommnissen eine Pflichtverletzung gefunden wird. Erst wenn die Landesregierung trotzdem keine Abhilfe schafft, ist die Reichsexekution zulässig. Die Reichsregierung hat jedoch der Preussischen Staatsregierung vor der Absetzung des Ministerpräsidenten Braun und des Staatsministers Severing keinerlei Mitteilung über Pflichtverletzungen des Landes Preussen zukommen lassen oder sie um Abhilfe ersucht. Die preussische Erwiderung schliesst mit folgenden Sätzen:

"Es ist auch historisch und politisch verfehlt, dass man das grösste Land, das Land, dem Deutschland seine Einheit verdankt, dass man Preussen wegen Nichterfüllung von Pflichten gegen das Reich sequestriert. Eine Reichsreform die so beginnt, die nicht von diesem Unrecht befreit wird, kann keinen Bestand haben."

Der Erklärung liegt ein umfangreiches Anlageheft bei. Aus ihm sind besonders zu erwähnen die Auszüge aus der höchst richterlichen Rechtsprechung über die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, das Material über die Haltung der Preussischen Staatsregierung gegenüber den Kommunisten und das Material über die Aenderung der Geschäftsordnung im Preussischen Landtag. Aus einer Niederschrift über das Gespräch des Staatssekretärs Dr. Abegg mit zwei kommunistischen Abgeordneten ergibt sich, dass Dr. Abegg von diesen mit Nachdruck die Einstellung aller Terrorakte der Kommunisten gefordert hat, dass er also keineswegs, wie der Reichskanzler in seiner Rundfunkrede vom 20. Juli behauptet hat, "seine Hand dazu geboten hat, Führern der Kommunistischen Partei die Verschleierung illegaler Terrorabsichten zu ermöglichen".

Die Erklärung Preussens legt in ihrer Gesamtheit dar, dass alle Vorwürfe gegen Preussen im wesentlichen auf unrichtigen Informationen der Reichsregierung beruhen, die bei vorheriger Erörterung ohne Schwierigkeiten hätten widerlegt werden können.

+ + +

Zugleich mit den preussischen Staatsministern hatten auch die Sozialdemokratische und die Zentrumsfraktion des Preussischen Landtags beim Staatsgerichtshof Klage gegen das Reich erhoben wegen der Einsetzung des Reichskommissars. Die Reichsregierung hatte in ihrer Erwiderungsschrift das Recht der Fraktionen bestritten, sich der Klage der Staatsminister anzuschliessen. Auf die Streitschrift des Reichs haben jetzt die Fraktionen ihre Antwort dem Staatsgerichtshof überreicht. Die Antwort schliesst sich zunächst den Ausführungen des Preussischen Staatsministeriums an, deren Inhalt wir oben melden. Da die Reichsregierung durch die Ernennung von Kommissaren versuchte, in Preussen die Staatsgewalt durch Reichsorgane auszuüben, besteht Streit darüber, wer in einem Lande befugt sei, die Staatsgewalt auszuüben. Das sei ein innerstaatlicher Verfassungsstreit, in dem die Fraktionen nach der Reichsverfassung Klage erheben könnten. Durch das Vorgehen des Reichs sei auch das Recht der preussischen Volkvertretung beeinträchtigt worden, im Wege der parlamentarisch-demokratischen Regierungsform an der Regierungsbildung beteiligt zu werden.

SPD. Breslau, 17. August. (Eig. Ber.)

Die heutige Verhandlung vor dem Brieger Sondergericht im Ohlauer Landfriedensbruchprozess begann mit einem Protest der Verteidigung gegen die verlogene und hetzerische Darstellung des Prozesses in der nationalistischen Presse, die vielfach das Gegenteil von dem schreibt, was vor Gericht bekundet wurde.

Rechtsanwalt Förder beantragt, die Akten des Schweidnitzer Nationalsozialistenprozesses aus den Jahren 1929 und 1930 heranzuziehen. Ebenso ersucht er nachzuprüfen, ob die Staatsanwaltschaft mit derselben Energie das Verfahren gegen Unbekannt in Sachen der verwundeten Ohlauer Einwohner betrieben hat, mit der sie die Untersuchung gegen die Reichsbannerleute führt. Es handelt sich dabei insbesondere um jene Schiesserei in der Oderstrasse 27, von der einwandfrei feststeht, dass uniformierte Nationalsozialisten ohne jeden erkennbaren Grund in das genannte Haus hineinstürmten und durch die Wohnungstür des Arbeiters Karkus fünf Schuss abgaben, wodurch zwei Frauen schwer verletzt wurden.

Der Zeuge SS-Führer Vollenbruch, der mit seinen 48 Mann auf einem Lastwagen gegen 8 Uhr auf dem Ohlauer Ring ankam, wurde von einem Motorradfahrer darauf aufmerksam gemacht, dass man nicht durchkommen könne, denn in der August-Feigestrasse stünde eine Menschenmenge. Er sah einen Polizisten an ihrer Spitze, liess absitzen, und nun kam es nach dem vergeblichen Versuch des Beamten, einen Zusammenstoss zu verhindern, zu einer schweren Schlägerei, bei der die Nationalsozialisten mit Schulterriemen, die Menschenmenge mit Zaunlatten zuschlugen. Vollenbruch selbst erhielt einen Messerstich.

Vors.: Haben Sie Schusswaffen bei sich geführt? Zeuge Vollenbruch: Ich habe die Leute nicht untersucht (!!) Geschossen ist nicht worden, wir haben mit Schulterriemen zugeschlagen.

Der Zeuge Berthold Junken entlastet den Angeklagten Trettau, der nach einer Aussage des Oberlandjägers Rahmel sein Fahrrad Montag früh um 1/2 5 Uhr aus dem Gasthaus "Zum Walfisch" hat holen wollen. In Wahrheit führte Trettau an diesem Morgen sein eigenes Rad an der Hand.

Apotheker Wettke hat vom Deutschen Haus am Schlossplatz aus den Zusammenstoss der Reichsbannerleute mit dem Trecker beobachtet. Er hörte einen von dem Trecker zurückkommenden Reichsbannermann sagen: "Tut ihr uns nichts, tun wir euch auch nichts."

Der Hotelbesitzer des Deutschen Hauses, Persicke, der den Nationalsozialisten nahesteht, bekundet, dass er bei dem Zusammenstoss mit dem Trecker den Gewerkschaftssekretär Manche nicht gesehen hat.

Bei der Vernehmung des Oberreiters Lattner vom Reiterregiment 11 in Ohlau kommt es zu einem charakteristischen Zwischenfall. Der Oberreiter weigerte sich, dem Rechtsanwalt Dr. Braun auf eine Frage zu antworten. Darüber entstand im Zuhörerraum wie auch in den Bänken der Angeklagten grosse Erregung. Rufe wie: "die unpolitische Reichswehr" und ähnliche wurden laut. Der Vorsitzende belehrte den Zeugen, dass er antworten müsse, falls er nicht in Haft genommen werden wollte. Darauf antwortet der Oberreiter, Er wie ein anderer Zeuge, Oberreiter Pajonk, behaupten, der Angeklagte Alfred Meier sei zurzeit der Schlägerei auf dem Ring gewesen. Zwei Zeuginnen sagen dagegen aus, sie wären mit ihm nach 8 Uhr abends zusammen gewesen. Die eine ist mit ihm nach dem Vorort Neu-Bergel spaziert, die andere hat mit ihm dort getanzt.

Auf die Frage des Vorsitzenden an einen 15jährigen kaufmännischen Lehrling, der als Belastungszeuge auftritt, wie lange er schon in der Hitler-Jugend sei, erklärt er unter dem Gelächter der Anwesenden pathetisch: "Ich bin in der Hitler-Jugend seit dem Geburtstag meines Führers Adolf Hitler."

Die weiteren Zeugenaussagen von SA-Leuten sollen der Klärung der Vor-

fälle an der Postbrücke dienen. Die Aussagen widersprechen sich im einzelnen. Soweit man bisher sehen kann, dürfte sich der Vorfall folgendermassen abgespielt haben: Nachdem etwa 300 SA-Leute eine Anzahl von Radfahrern, die jenseits der Oder wohnen, über die Oderbrücke gebracht hatten (wobei es zu der blutigen Schiesserei von SA-Leuten in die Wohnung des Arbeiters Karkus Oderstrasse 27 kam), kehrte der Trupp nach der Stadt auf dem Schlossplatz zurück. Darauf setzten sich 20 bis 30 SA-Radfahrer in Richtung Postbrücke als Vorhut in Bewegung. Ihnen folgten in einigem Abstand die SA-Leute zu Fuss, an deren Spitze Polizeibeamte gingen. Auf der Postbrücke muss es zu einer blutigen Schlägerei mit Angehörigen des Reichsbanners gekommen sein, bei der auch der SA-Mann Konietzke ums Leben kam und eine Anzahl Räder ins Wasser geworfen wurde. Absolut dunkel blieben die Aussagen der SA-Leute betreffend den Ueberfall auf den Gewerkschaftssekretär Manche. Die einen wollen Manche allein aus dem Dunkel haben hervorstürzen sehen, die anderen dagegen meinen, er sei verfolgt worden und hätte flüchtend geschossen. Das alles kann die Tatsache nicht widerlegen, dass Manche von einer grossen Anzahl SA-Leuten niedergeschlagen und in fürchterlichster Weise misshandelt wurde. Es ist nur zu leicht begreiflich, dass die Nationalsozialisten ein brennendes Interesse daran haben, diesen Vorfall zu verschleiern.

SPD. Kottbus, 17.Aug. (Eig.Drahtb.)

In dem benachbarten Dorf Gross-Gaglow befindet sich eine Siedlung, die von der Jüdischen Landarbeiters-Siedlung G.m.b.H. errichtet wird. Dort wurde in der Nacht zum Mittwoch kurz nach Mitternacht ein eben fertiggestellter Neubau, der noch nicht bezogen war, durch eine Bombe zerstört und dem Erdboden gleich gemacht. Man vermutet wieder ein nationalsozialistisches Attentat, trotz dem die Ortsleitung der NSDAP sofort die Erklärung veröffentlicht, sie habe nichts mit dem Vorfall zu tun und missbillige ihn.

SPD. Breslau, 17.Aug. (Eig.Drahtb.)

Das Breslauer Sondergericht fällte am Mittwoch wieder ein überaus hartes Urteil gegen sieben Kommunisten. Diese waren am 20. Oktober vorigen Jahres mit Nationalsozialisten, die von einer Betriebszellenversammlung kamen, in Streit geraten. Ein Nationalsozialist war durch einen Messerstich erheblich verletzt worden. Die Angelegenheit sollte im Juni das Schöffengericht beschäftigen, wurde aber mit Rücksicht auf die Amnestievorlage im Landtag vertagt. Jetzt hat die Staatsanwaltschaft beim Landgericht Breslau diesen Fall dem Sondergericht vorgelegt. Es nimmt nicht mehr Wunder, dass der Vertreter der Anklage, Staatsanwaltschaftsrat Ilk, bei der Strafzumessung seine ungeheuer hohen Anträge damit begründete, es müsse nach dem Terror der letzten Wochen exemplarisch vorgegangen werden. So beantragte er gegen zwei Angeklagte zwei Jahre acht Monate Zuchthaus. Das Gericht verurteilte die beiden Hauptangeklagten zu je einem Jahr drei Monaten Gefängnis, ein Angeklagter erhielt neun Monate, drei Kommunisten wurden zu je sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

SPD. Köln, 17.Aug. (Eig.Drahtb.)

Durch einen im heutigen Westdeutschen Beobachter veröffentlichten SA-Befehl wird der Sturm 14/25 in Köln "mit sofortiger Wirkung aufgelöst und durch einen noch zu ernennenden Sturmführer neu aufgestellt". Wie es scheint, hat es in diesem Sturm eine Meuterei gegeben.

SPD. Essen, 17. Aug. (Eig. Drahtb.)

Auf einer Schachtanlage geriet am Mittwoch vormittag der Bergmann Steinborn bei Beginn der Förderung zwischen Schachtzimmerung und Förderkorb. Bei dem Versuch, dem Verunglückten Hilfe zu leisten, stürzte der Maschinensteiger Wehme in den Schacht. Beide waren sofort tot.

SPD. Landsberg(Warthe)17. Aug. (E. Db.)

Auf das Haus des Rentners Mannheim, in dem im ersten Stock der Landgerichtsrat Dr. Salinger wohnt, wurde in der letzten Nacht ein Sprengstoff-Attentat verübt. Der Sprengkörper wurde vermutlich aus einem Auto geschleudert und explodierte dicht vor dem Hause. Sämtliche Fensterscheiben des Hauses, das etwas abseits von der Stadt liegt, und die Nebengrundstücke wurden zertrümmert. Personen wurden glücklicherweise nicht verletzt. Man nimmt an, dass das Attentat dem Landgerichtsrat Salinger galt, an dessen Namen die nationalsozialistisch verhetzten Attentäter Anstoss nahmen.

SPD. London, 17. Aug. (Eig. Drahtb.)

Die Entscheidung der englischen Regierung über die Vertretung der Minderheiten in den indischen Parlamenten ist in Indien von den Hindus und den Sikhs mit schärfster Kritik aufgenommen worden. Die Moslems und die europäischen Minderheiten sind jedoch mit ihr zufrieden. Der Führer der Hindus im Punjab bezeichnet die Lösung als äusserst unfair für die Hindus in seinem Landesteil. Der Führer der Sikhs erklärt, dass es sich um einen satanischen Plan handle. Auch der Führer der bedrückten Klasse, der Parias, der diese auf der Indienkonferenz in London vertreten hat, äusserst in starken Worten sein Missfallen.

SPD. London, 17. Aug. (Eig. Drahtb.)

Die von Japan protegierte Regierung der Mandschurei hat gegen die behauptete Anwesenheit russischer Truppen auf mandschurischem Gebiet offiziell Protest eingelegt. Durch die russischen Grenzüberschreitungen ständen die russischen Vorposten unmittelbar den Posten des mandschurischen Militärs gegenüber, was die Möglichkeit zu gefährlichen Zwischenfällen schaffe. Die russische Regierung wird deshalb ersucht, ihre Truppen zurückzuziehen.

SPD. London, 17. Aug. (Eig. Drahtb.)

Die Schlussitzung der Konferenz von Ottawa ist um zwei Tage auf Sonnabend verschoben worden, weil zwischen Kanada und England in einigen Fragen keine Einigung erzielt worden ist. Dieses veranlasst manche englischen Blätter, von einer Krise der Reichskonferenz zu sprechen. Da aber niemand den Mut haben wird, die Konferenz scheitern zu lassen, so handelt es sich in Wirklichkeit nur darum, wer grössere Konzessionen macht. Kanada kämpft gegen das russische Gespenst und will von England die Aussperrung des russischen Weizens und des russischen Holzes zugesagt bekommen, sei es, um deren Platz mit dem eigenen Export auszufüllen, sei es, um im Falle einer Weigerung Englands die bisherigen kanadischen Konzessionen an England, die schon weitergehen, als manchen kanadischen industriellen recht ist, rückgängig zu machen. Man wird sich also irgendwie einigen, die Frage ist nur, welche Völker mit den von ihren Delegationen heimgebrachten Verträgen zufrieden sein werden und welche nicht.

SPD. Stuttgart, 17. Aug. (Eig. Drahtb.)

Ein geistig und sittlich besonders bemerkenswertes Mitglied der nationalsozialistischen Fraktion des württembergischen Landtags ist der Abgeordnete Emil Kiener. In dem Blatt des württembergischen Bauernbundes, in dem sich der Edle von Stauffenberg oft und rückhaltlos für die Uebertragung der politischen Macht an die Nazis einsetzte, muss sich jetzt der bauernbündlerische Abgeordnete Dr. Häcker im Schweisse seines Angesichts eine ganze Seite lang darum bemühen, die von Kiener im Wahlkampf verbreiteten und geradezu aus den Fingern gesogenen Lügen über den Bauernbund anhand der Landtagsakten zu widerlegen. Aber Herr Kiener kann nicht nur lügen, sondern auch - noch mehr! Darüber teilt Dr. Häcker wörtlich folgendes mit:

"Dieser Nationalsozialist hat in öffentlichen Versammlungen bekannt, dass er ein dem Abgeordneten Körner gehöriges Buch an sich genommen und sich angeeignet habe. Er hat behauptet, in jenem Buch Notizen gefunden zu haben und mit diesen "Belegen" bestreitet er nun im Volk draussen seine Propaganda gegen den Bauernbund. Obwohl nun schon Mitte des vorigen Monats dem Vorsitzenden der NS-Fraktion und obwohl Ende des vorigen Monats an den NS-Präsidenten des württembergischen Landtags dieser Sachverhalt mitgeteilt wurde, ist bis zum heutigen Tage das dem Abgeordneten Körner gehörende, von einem NS-Abgeordneten unterschlagene Eigentum nicht zurückgegeben. Jener Schreier, der so dicke Lügen verbreitet, kann mein und dein nicht unterscheiden, hat fremdes Eigentum unterschlagen, besitzt dazu auch noch die Unverfrorenheit, dieser Unterschlagung in öffentlicher Versammlung sich zu rühmen. Das ist also die "grundsätzliche Stellungnahme" jenes NS zum Bauernbund. Das ist, Herr NS-Abgeordneter, Ihre deutsche Art und Sauberkeit! Pfui Teufel! Und Sie haben noch die Stirn, von Herrn Körner zu verlangen, er solle sich mit einem Lügner und mit einem, der dem Landjäger wegen Unterschlagung angezeigt gehört, in einer öffentlichen Versammlung herumstreiten!"

Diese Sprache gegen einen nationalsozialistischen Abgeordneten zu führen, sieht sich also das württembergische Bauernbundblatt genötigt. Ein Abgeordneter, der sich fremde Sachen aneignet. Ein Fraktionsvorsitzender, der das duldet. Ein nationalsozialistischer Landtagspräsident, der dazu nichts Kritisches zu sagen hat. Wer will jetzt noch bezweifeln, dass eine solche Partei Deutschland "erneuert"?

SPD. Köln, 17. Aug. (Eig. Drahtb.)

Ein 28 jähriger Kölner Kaufmann nahm in Unkenntnis der in Belgien galten- den Bestimmungen nur mit einer Badehose bekleidet ein Bad im Seebad Blanken- berghe. Ein Kriminalbeamter nahm ihn fest und brachte ihn an der Handkette ge- fesselt wie einen Verbrecher in das Untersuchungsgefängnis nach Brügge. Nach zweitägiger Haft wurde der Kaufmann gegen Hinterlegung einer Bürgschaft von 3000 Franken (etwa 380 Mark) freigelassen. Im Gefängnis von Brügge sollen noch weitere Deutsche wegen desselben Vergehens sein, da sie die Bürgschaft nicht aufbringen können. Wie lange wird es dauern und man wird auch aus deutschen Bädern vielleicht ähnliche Ereignisse melden, wenn die neue Sittenverordnung Dr. Brachts in Wirksamkeit getreten ist.

SPD. Paris, 17. August (Eig. Drahtb.)

Die deutschen Arbeiterkinder aus dem Ferienlager der Roten Falken in Dra- veil bei Paris haben am Mittwoch unter Führung ihrer französischen Kameraden eine Rundfahrt durch die französische Hauptstadt unternommen. Es fand auch ein kleiner Empfang im Pariser Rathaus statt.

SPD. Weimar, 17. Aug. (Eig.Drahtb.)

Vor der Grossen Strafkammer standen jetzt zwei bekannte Nationalsozialisten als Brandstifter. Die zum Landkreis Weimar gehörigen Dörfer Udestadt, Kleinmölsen und Ollendorf waren inden letzten Jahren serienweise von Bränden heimgesucht worden, deren Ursache man sich lange nicht erklären konnte. Erst vor kurzem gelang es, die Brandstifter zu entdecken. Es handelt sich um den Land- und Gastwirt Steinmann und den Landwirt Erbs aus Udestadt. Steinmann ist SA-Führer und Erbs Mitglied der SA. Der "Führer" hat, wie festgestellt ist, den SA-Mann Erbs, der gleichzeitig der Feuerwehr angehört und für Löscharbeiten bezahlt wird, zur Brandlegung veranlasst. Steinmann wird auch angeklagt, seinen eigenen Saal, der hoch versichert war, in Brand gesetzt zu haben. Die Grosse Strafkammer erklärte sich nach kurzer Verhandlung für unzuständig und überwies das Verfahren an das Schwurgericht, da der erschwerende Umstand der Gefährdung von Menschenleben durch Brandstiftung hinzukommt.

SPD. Paris, 17. Aug. (Eig.Drahtb.)

Der sozialistische Abgeordnete und langjährige Bürgermeister der Stadt Grenoble, Mistral, ist am Mittwoch bei einer Besuchsfahrt in der Umgebung der Stadt plötzlich gestorben. Mistral stand im Alter von 60 Jahren. Er war Maschinenzeichner von Beruf und hatte sich über die Gewerkschaftsbewegung und den Journalismus in die Politik eingearbeitet. Seit 1910 gehörte er ununterbrochen der sozialistischen Kammerfraktion an, in der er sich hauptsächlich für die Militärfragen spezialisierte.

SPD. Breslau, 17. Aug. (Eig.Drahtb.)

Bei ihren Aussagen verwickeln sich mehrere SA-Leute in starke Widersprüche. So will der SA-Mann Kluge nach dem Hause Steindamm 1 gelaufen sein, wo sich ein Mann versteckt hielt, der am Schlossplatz aus den Sträuchern geschossen hat. Kluge drang in das Haus ein, will aber beschossen worden sein. Sein SA-Kamerad Kamysak gibt etwas ganz anderes an. Er ging mit Kluge nach Steindamm 1. Dass dort geschossen worden wäre, hat er, der Begleiter Kluges, nicht bemerkt. Seine Angaben, er habe den Gewerkschaftssekretär Manche bei der blutigen Prügelei an der Postbrücke gesehen, muss er auf Vorhalten des Vorsitzenden dahin revidieren, Manche sei schon vor der Prügelei an der Postbrücke vorbeigegangen. Man sieht den Mienen der Richter an, wie wenig Glauben sie den Aussagen dieser beiden SA-Leute schenken können.

Der nächste Zeuge ist der SA-Führer von Ohlau, Kaufmann Anton. Es ist sehr wesentlich, dass dieser Ohlauer Einheimische angibt, dass er bei dem Begleit-Transport der 300 SA-Leute, die die 40 bis 50 Radfahrer an die Oderbrücke brachten, völlig unbelästigt blieb. Dasselbe gibt Polizeihauptwachmeister Heppner an, der diesen Transport durch die Oderstrasse an der Spitze begleitete. Als der Hauptwachmeister an die Postbrücke kam, hörte er von links, also vom Doktordamm her, Schüsse. Als der Arbeiter Frost mit zwei Frauen Michler und Nowack des Weges daher kam, stürzten sich SA-Leute auf ihn und verprügelten ihn. Der Polizeihauptwachmeister befreite ihn von seinen Peinigern und bekam dabei selbst Schläge. Gleichzeitig mit dieser Prügelei sah er, wie auf der anderen Seite des Schlossplatzausganges nach der Postbrücke hin der Gewerkschaftssekretär Manche umringt von SA-Leuten am Boden lag.

Die Zeugin Muche macht ihre Aussagen mit geradezu hysterischer Beweglichkeit. Sie demonstriert dem Gericht genau, wie jeder zugeschlagen haben soll. Sie muss auf Vorhalte zugeben, dass sie mit dem einen Angeklagten, den sie belastet, verfeindet ist. Die Zeugin Anna Cusch hat gesehen, wie die SA-Leute mit Gummiknüppeln auf die Reichsbannerleute losschlugen. Der Nationalsozialist Schöps, der den Reichsbannermann Vanin belasten will, wird von ihm bezichtigt, selbst mit einem Schlagring Vanin an den Hals geschlagen zu haben.

SPD. Paris, 17. Aug. (Eig. Drahtb.)

Nach der Wahlrede Hoovers hat am Mittwoch die französische Öffentlichkeit eine zweite unangenehme Ueberraschung erfahren. Die Radio-Agentur hat sich ein Interview mit einem hohen Beamten des amerikanischen Schatzamtes verschafft. Der Gewährsmann der Agentur erklärte, dass die Vereinigten Staaten bestimmt darauf rechneten, sämtliche Schuldnerstaaten würden am 15. Dezember die fälligen Annuitäten abtragen. Die Regierung der Vereinigten Staaten sei keineswegs gewillt, irgendeinen Antrag, von welcher Seite er auch kommen möge, auf ein neues allgemeines Moratorium zu bewilligen. Immerhin aber seien die Vereinigten Staaten bereit, wenn die Schuldnerationen jetzt am 15. Dezember angesichts der leichten Wiederbelebung der Weltwirtschaft ihren Verpflichtungen nachgekommen seien, Einzel-Anträge auf Herabsetzung der Schulden-Annuitäten entgegenzunehmen und zu prüfen.

(Schluss des politischen Teils - Auf Wiederhören

Donnerstag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850.)

An die Parteiredaktionen.

SPD. Die gewerkschaftlichen Spitzenverbände und der Zentralverband Deutscher Konsumvereine ersuchen die Parteipresse, den nachfolgenden Aufruf an sichtbarer Stelle bald zu veröffentlichen;

An die Gewerkschaftsmitglieder!

Die gewaltige Wirtschaftskrise wird zu einem Generalsturm gegen die Arbeiterbewegung ausgenutzt. Mit in erster Linie richtet sich dieser Kampf gegen die Konsumgenossenschaften. Die Konsumgenossenschaften haben ein Recht auf den Schutz durch die Arbeiterschaft. Sie stellen ein Stück sozialer Gemeinschaft dar. Der Schutz der Konsumgenossenschaften ist umso notwendiger, als die Konsumgenossenschaften ihren Mitgliedern nicht nur gute, vollgewichtige Waren zu gerechten Preisen liefern, sondern ihren Arbeitern und Mitgliedern auch vorbildliche und bahnbrechende soziale Einrichtungen zur Verfügung stellen.

Selbstverständlich hat die furchtbare Arbeitslosigkeit auf die Umsätze der Konsumgenossenschaften ähnliche nachteilige Wirkungen ausgeübt, wie auf die Umsätze des privaten Einzelhandels und der Warenhäuser. So wie unter diesen Umständen die privatwirtschaftlichen Unternehmungen ihre Umsatzschmälerung durch eine erhöhte Propaganda auszugleichen versuchen, muss auch die Werbetätigkeit für die Konsumgenossenschaften stark gesteigert werden.

Die unterzeichneten gewerkschaftlichen Spitzenverbände, die mit den Konsumgenossenschaften freundschaftlich verbunden sind, fordern alle Gewerkschaftsmitglieder auf, ihre Hauswirtschaften der organisierten Bedarfsdeckungswirtschaft einzugliedern und ihren Bedarf an Lebensmitteln, Haushaltsgegenständen und Bekleidung nur in den Verteilungsstellen und Warenhäusern der Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine zu decken.

Jeder Gewerkschafter muss Mitglied einer Konsumgenossenschaft sein. Der Eintritt in die Konsumgenossenschaften ist mit Kosten nicht verbunden. Die Aufnahme neuer Mitglieder erfolgt in allen Verteilungsstellen der Konsumgenossenschaften.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschafts-Bund.
Allgemeiner Freier Angestellten-Bund.
Allgemeiner Deutscher Beamten-Bund.

SPD. Rosenberg O/S., 17. Aug. (Eig. Drahtb.)

Durch eine Handgranate wurde in dem Dorfe Jamm das Anwesen des Häuslers Barowski zerstört. Der Sprengkörper wurde mitten in der Nacht gegen das Haus geschleudert, die Fensterscheiben zersprangen und ein Teil der Möbel wurde zertrümmert. Ausserdem geriet das Strohdach in Brand, sodass das ganze Gebäude niederbrannte. Da die beiden Söhne des Besitzers der KPD angehören, so nimmt man einen neuen Nazi-Terrorakt an.

Aus aller Welt

Der Gelehrtenschreibtisch.

Was gibt es Neues in der Wissenschaft?

SPD. Die Bakterien sind nicht nur Feinde der Gesundheit, sie kämpfen auch gegeneinander. Spirochäten werden durch Erregung des Wechselfiebers, Milzbrandbakterien durch Eiterkokken gehemmt. Im Mäuseversuch wurden Wechselbeziehungen zwischen Lungenentzündungs-, Diphtherie- und Influenza-Bakterien aufgedeckt. Im Institut Robert Koch-Berlin tröpfelte man Mäusen Gemische verschiedener Krankheitserreger gleichzeitig ein oder liess die verschiedenen Bakterien nacheinander auf die Tiere einwirken, um zu beobachten, wie die Bakterienarten sich zueinander stellten. Mischte man verschiedene Formen von Lungenentzündungs-Bakterien, so führte nur eine einzige Art eine Allgemein-erkrankung herbei. Nur sie allein liess sich im Blut nachweisen. Im Reagenzglas verfolgte man die Vorgänge genauer. Brachte man hier verschiedene Krankheitserreger zusammen, so setzte sich immer nur die Bakterienart durch, die in grösserer Anzahl vorhanden war und zwar trat die Ueberlegenheit dann hervor, wenn die Art in einem für sie genau bestimmten Zahlenverhältnis die andere überwog. Diese Versuche könnten Bedeutung gewinnen, sobald man in grösserem Umfange versuchen wird, Bakterien durch andere Krankheitserreger zu bekämpfen.

+

An 1046 Zigeunern nahm man im Hygienischen Institut der Ungarischen Universität Debrecen Blutuntersuchungen vor, um einige krankheits- und rassenkundliche Tatbestände zu klären. Nach einem neuen Verfahren durchforschte man das Blut nach Spuren von Typhus- und ähnlichen Krankheitsanzeichen. Hierbei blieb allerdings offen, ob die Zigeuner oder ihre Vorfahren an den Krankheiten, die jene Spuren im Blut zurückliessen, gelitten hatten. Bei vier Fünfteln von 975 vollkommen gesunden Wanderzigeunern ergab sich, dass sie jene Krankheiten durchgemacht haben mussten. Die Wassermannsche Probe fiel bei 12,8 Prozent von 1046 Untersuchten positiv aus. Bei der übrigen ungarischen Bevölkerung war die Vergleichszahl der positiven Wassermannschen Reaktion nur 3,66. Uebrigens waren an den 12,8 Prozent der Zigeuner mehr Frauen als Männer beteiligt. Die Blutgruppenuntersuchung lässt unter anderm erkennen, welcher Volksgruppe jemand angehört oder nahesteht. Der Zigeunerbefund ergab eine grosse Aehnlichkeit mit der Verteilung der Blutgruppen bei den Indern. Hierdurch wird die schon aus anderen Gründen vermutete Rassenverwandtschaft der Zigeuner mit dem Volk des fernen Ostens bestätigt.

+

Dass schon eine überraschend geringe Bleimenge ausreicht, um Bleivergiftung (ihre Anzeichen sind unter anderem Magenschmerz, Brechreiz, Müdigkeit, Schwindelgefühl und Kopfschmerz) hervorzurufen, trat zutage, als eine norddeutsche Klinik wider Willen einen Massenversuch machte. Dort erkrankten in einem Neubau fast gleichmässig 31 Personen an Bleivergiftung, ohne dass man sich den Vorgang zunächst erklären konnte. Endlich entdeckte man, dass die Bleileitung dem Trinkwasser sehr geringe Bleispuren beimengte. Der Zusammenhang wurde klar, als man die Rohre durch eiserne ersetzte: Die Bleikranken genasen und es traten keine neuen Krankheitsfälle auf. Die Kranken hatten täg-

lich nur wenig über 1 Tausendsten Gramm Blei zu sich genommen, nur halb= soviel wie die Menge, die man bis dahin als gesundheitsschädlich angesehen hatte. Früher glaubte man, mindestens 2 Milligramm müssten jahrelang auf= genommen werden, um sich als giftig zu erweisen. In jenem Neubau aber er=krankte eine Schwester schon nach drei Wochen, eine Mahnung zur Vorsicht auch gegenüber schwächeren Bleieinwirkungen von kürzerer Dauer.

+

Welche graphologischen Merkmale zeichnet die Verbrecherhandschrift vor der Handschrift von Nichtverbrechern aus? Der Graphologe Roda Wieser nahm 100 Schriftstücke von Leuten unter die Lupe, die meist wiederholt wegen Betruges, Diebstahls und Einbruchdiebstahls verurteilt waren, und verglich sie mit der Handschrift von 100 wohl unverdächtigen Gendarmen. Wieser fand auf Merkmale von Denkgewandtheit, Kombinationsgabe und Auffassung. Die Betrüger waren zu 53% mit diesen Fähigkeiten ausgestattet, die Gendarme nur zu 26%. Sind deshalb die Betrüger manchmal so schwer zu fassen? An Energie nehmen die Einbrecher es nach graphologischem Urteil mit den Gendarmen auf. Die Diebe stehen den letzten an Ausdauer, Klarheit und guter Arbeitsqualität nach. 90% aller Verbrecher, aber nur 32% der Gendarmen sind willensschwach. Der Graphologe sagt: Finden wir in der Handschrift Zeichen mangelnder Willensstärke, des Eigennutzes, der Verlogenheit und der schlechten Arbeitsqualität, so entsteht der Verdacht, der Schreiber sei des Eigentumsverbrechens fähig. Sind ausserdem gute Auffassung und Kombinationsgabe aufzuweisen, so macht sich der Betrüger verdächtig. Allgemeine Verbrechenszüge und dazu Zeichen von geringer Intelligenz erwecken den Verdacht auf einen Dieb.

S.J.-y.

+ + +

Arbeitslosendrama. In Siegburg wurden nachts zwei Arbeitslose, die sich unberechtigterweise Kartoffeln aus den Feldern ausgemacht hatten, von der Polizei gestellt und der Wache zugeführt. Bei der Vernehmung zog einer der Leute plötzlich einen Revolver aus der Tasche und schoss auf einen Polizeibeamten. Der Beamte erlitt eine leichte Verletzung. Als dem Täter die Waffe entwunden werden sollte, schoss er sich in die rechte Schläfe. Nach einigen Stunden erlag er seiner Verwundung im Krankenhaus.

+ + +

Europa-Flug. Der grösste Teil der technischen Prüfungen beim Europa-Flug ist beendet. Die nach der Punktzahl führende Spitzengruppe wird immer noch von einem italienischen und einem polnischen Piloten gebildet; die deutschen Flieger folgen nach geringem Abstand. Im Kunststart-Wettbewerb triumphtierte Wolf Hirth mit 91,6 Metern.

Die wesentlichen Entscheidungen fallen erst bei dem eigentlichen grossen Europa-Rundflug. Die Maschinen starten am Sonntag-Morgen um sieben Uhr in Berlin-Tempelhof. Vorher findet noch eine Brennstoffverbrauchsprüfung auf der Dreiecksstrecke Berlin-Frankfurt a.O.-Dobrilugk-Kirchhain statt.

+ + +

Verhaftete Falschmünzer. In Küstrin wurden drei Falschmünzer verhaftet. Sie hatten in einer zu einer Werkstatt umgewandelten Laube Gipsabdrücke von Fünfmarkstücken hergestellt und mit Zinn ausgegossen.

+ + +

Fabrikbrand. In Laasphe (Westfalen) ist die Holzwarenfabrik Ludwig Koch und Söhne bis auf die Grundmauern eingäschert worden. Grössere Mengen Schnitthölzer und Fertigfabrikate wurden ein Raub der Flammen.

+ + +

Verbotenes Spiel? Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft Flensburg wurden drei in Westerland betriebene Spielunternehmungen polizeilich geschlossen. Es soll in den betreffenden Lokalen eine gesetzlich nicht zu=

lässige Roulette-Art gespielt worden sein. Gerichtliche Entscheidung ist noch in dieser Woche zu erwarten.

Neuer Zuckerskandal. Die Hamburger Kriminalpolizei kam einer grossen Zuckerschabung auf die Spur. Der Name der beschuldigten Firma, die den Steu-
erfiskus durch verschiedene betrügerische Manipulationen um Millionenbeträge
geschädigt haben soll, wird noch geheim gehalten.

Kirchenunglück. In der Kirche in Raab (Ungarn) ist ein Teil der Empore
ins Kirchenschiff gestürzt. Verletzt wurde niemand.

Autokatastrophe. Zwei auf einer Ferienreise durch Deutschland befind-
liche amerikanische Studenten aus Boston erlitten in der Nähe von Biblis
(Hessen) einen schweren Autounfall. Die jungen Leute wurden beträchtlich
verletzt.

Acht Personen ertrunken. Am Dienstag sind in und bei Duisburg acht Per-
sonen ertrunken.

Der rasende Stier. In der Nähe von Madrid brachen sechs für Stierkämp-
fe bestimmte Stiere bei einem schweren Gewitter aus der Umzäunung ihres
Weideplatzes aus, rasten durch die Strassen, töteten auf ihrem Weg zwei Men-
schen und verletzten fünf schwer.

Vatermord. In Königshütte hat ein 18jähriger Arbeiter seinen 63 Jahre
alten Vater im Streit mit einem Küchenmesser erstochen. Der Täter wurde ver-
haftet.

Waldbrände. Durch die anhaltende starke Trockenheit entstanden in Süd-
frankreich grössere Waldbrände. Mehrere Dörfer sind stark bedroht.

Mörderische Haarnadel. Das zweijährige Töchterchen eines Ingenieurs
in Wittenberg verschluckte eine Haarnadel. Unglücklicherweise durchstach
die Nadel den Darm. Das Kind kam ums Leben.

Sich selbst gerichtet. Der Schneidermeister Michalski aus Berlin-Pankow
der am Freitag vergangener Woche seine 19jährige Tochter Lieselotte durch
Rasiermesserschnitt ermordet hatte und seitdem von der Kriminalpolizei ge-
sucht wurde, liess sich auf der Vorortsstrecke Berlin-Zossen von einem Eisen-
bahnzug überfahren. Es steht fest, dass Michalski mit seiner Tochter ein Lie-
besverhältnis unterhalten hatte.

Calmette-Statistik. Nach einer vom Pariser Pasteur-Institut veröffent-
lichten Statistik wurde das Calmette-Serum bisher in 46 Ländern angewendet.
In Frankreich seien während der letzten zehn Jahre mit dem Serum 454 000 Kin-
der, im Ausland 444 000 Kinder mit gutem Erfolg geimpft worden. Professor
Calmette glaubt durch diese Statistik trotz der Lübecker Katastrophe zu dem
Schluss berechtigt zu sein, "dass das Calmette-Serum durchaus ungefährlich
sei und dem Organismus der geimpften Kinder deutlich erkennbare Widerstands-
kraft gegen jede Tuberkuloseansteckung gebe."

Fliegerabsturz. Der amerikanische Pilot Boardman erlitt bei einem Flug-
zeugabsturz in Springfield (Massachusetts) schwere Verletzungen. Boardman
hat im Juli 1931 auf der Strecke Long Island - Stambul den Weltrekord im
Langstreckenflug aufgestellt.



Ausblick auf Dortmund.

Zum Verbandstag der Metallarbeiter.

SPD. In Dortmund, der Hauptstadt Westfalens, tritt am kommenden Montag das Parlament der im Deutschen Metallarbeiterverband organisierten Arbeiter zusammen. Ein ordentliches Stück Arbeit soll in Dortmund erledigt werden. Der Verbandstag wird nicht nur den Rechenschaftsbericht des Verbandsvorstandes entgegennehmen, sondern sich auch mit den drängenden Fragen der wirtschaftspolitischen Gestaltung in Deutschland befassen. Die aus der Krise gesammelten - bitteren und lehrreichen - Erfahrungen werden in Dortmund in freimütiger Aussprache scharf beleuchtet werden. Eine Regeneration der inneren Kräfte des Verbandes ist notwendig. Die Heerschau in Westfalen soll dazu den Anstoß geben. Der Dortmunder Tagung kommt also, wie man sieht, eine weit über die Grenzen des Verbandes hinausreichende Bedeutung zu.

Der Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes unterbreitet der Tagung einen umfang- und inhaltsreichen Bericht über die Entwicklung und den Stand der wirtschaftlichen sowie sozialen Verhältnisse, der die furchtbare Schrumpfung der deutschen Eisen-, Stahl-, Metall- und Maschinenindustrie und die Belastung des Verbands durch die Arbeitslosigkeit mit erschreckender Deutlichkeit nachweist: Zur Zeit sind 46 vH der Mitglieder des Verbandes voll- und 30 Prozent Kurzarbeiter. Die Unternehmer haben die Wirtschaftskrise zu einem Generalangriff gegen die Lohn- und Arbeitsbedingungen benutzt. Nur schrittweise liessen sich die Metallarbeiter zurückdrängen. Erst die gesetzliche Lohnsenkungsaktion vom Dezember 1931 konnte den Lohnstand in der Metallindustrie auf der ganzen Linie senken. Die Unternehmer sind damit nicht zufrieden. Sie nützen die gegenwärtige Notzeit, um die Arbeiterklasse in ihrer Lebenshaltung noch tiefer herabzudrücken. Die Papen-Regierung half dabei mit. Darüber lassen die Erklärungen über den Abbau des "Wohlfahrtsstaats" und die Umstellung des Schlichtungswesens keinen Zweifel.

Es ist verständlich, dass von der Arbeiterschaft die Frage aufgeworfen wird, ob die bisherige Stellung der Gewerkschaften zum Schlichtungswesen, ob überhaupt die ganze seitherige Gewerkschaftspolitik richtig war und fortgesetzt werden soll. Die Tagung der Metallarbeiter wird zu diesen Fragen Stellung nehmen. Ihre Beschlüsse darüber werden von weittragender Bedeutung sein.

Die Folgen des Weltkrieges haben das kapitalistische Wirtschaftssystem gründlich erschüttert. Die Völker leiden furchtbare Not, obgleich in der ganzen Welt ein solcher Ueberfluss an Gütern vorhanden ist, dass sie in ungeheuren Mengen verbrannt oder anderweitig vernichtet werden. Die kapitalistischen Wirtschaftsführer stehen dem Zusammenbruch ihrer Wirtschaft hilf- und ratlos gegenüber. Alle ihre Massnahmen zur Rettung der kapitalistischen Wirtschaft schlagen in das Gegenteil um. Es bewahrheitet sich die Voraussage von Marx, der in dem Vorwort seines Buches "Kritik der politischen Oekonomie" schrieb:

"Auf einer gewissen Stufe der Entwicklung geraten die Produktivkräfte der Gesellschaft in Widerspruch mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen oder, was nur ein juristischer Ausdruck ist, mit den Eigentumsverhältnissen"

nissen.... Aus Entwicklungsformen der Produktivkräfte schlagen diese in Fesseln um. Es tritt die Epoche sozialer Revolution ein."

Diese Stufe ist erreicht. Die Produktivkräfte rebellieren gegen das Privateigentum an Produktionsmitteln, und diese Rebellion bringt den ganzen gesellschaftlichen Ueberbau ins Wanken. Die sozialistischen Forderungen sind deshalb keine Utopie mehr, ihre Erfüllung wird vielmehr von der Gegenwart stürmisch verlangt. Die Gewerkschaften müssen Wegweiser für das Ziel einer neuen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung sein, und dem Verbandstag der Metallarbeiter fällt die Aufgabe zu, zur Neuordnung in der deutschen Eisenwirtschaft Stellung zu nehmen. Eine reichhaltige Materialsammlung über die deutsche Grosseisenindustrie bildet die materielle Grundlage zu wirtschaftspolitischen Richtlinien, die vom Vorstand des DMV vorgelegt werden und auf eine planwirtschaftliche Regelung der deutschen Grosseisenwirtschaft hinauslaufen.

Auf dem Gebiete des Unterstützungswesens wird der Verbandstag eine ernste Entscheidung treffen müssen. Die beiden letzten Krisenjahre haben den Arbeitern den hohen Wert der Gewerkschaften mit aller Deutlichkeit gezeigt. Der DMV zahlte aus der Hauptkasse seinen Mitgliedern im Jahre 1929 an sozialen Unterstützungen, und zwar in der Hauptsache an Erwerbslose, 22,14 Millionen RM; im folgenden Jahre 35,73 Millionen RM; im Jahre 1931 - : 26,9 Millionen RM; im ersten Halbjahr 1932 bereits rund 12 Millionen, das sind in 3 1/2 Jahren 97 Millionen Mark. Die Beitragsleistung ging in den genannten Jahren erheblich zurück, eine Folge der immer grösser werdenden Zahl ausgesteuerter erwerbsloser Mitglieder, die nur noch einen Beitrag von 10 Pf. wöchentlich zahlen. Dieser Beitrag deckt nicht einmal die Unkosten für die Zustellung der Verbandszeitung. Es ist sicherlich der Wille aller Mitglieder des Verbands, dass dieser seinen Charakter als Kampforganisation nach wie vor behält. Dafür hat der Verbandstag die Voraussetzungen zu schaffen, und wir zweifeln nicht daran, dass dies geschehen wird.

Gegen die Gewerkschaften tobte in den letzten Jahren eine Schlammschlacht widerlicher Verleumdungen; politischer Unverstand und wirtschaftliche Verzweiflungsstimmung haben das ihrige dazu beigetragen, den Aufstieg der Gewerkschaften zu hemmen, ihre Tätigkeit zu schwächen. Der finstere Plan, die Gewerkschaften ganz zu zerschlagen, ist den reaktionären Kreisen nicht gelungen, und der Verbandstag der Metallarbeiter wird von der Unüberwindbarkeit der Gewerkschaften wie von der siegreichen Macht der sozialistischen Idee erneut Zeugnis ablegen. Er wird auch dazu beitragen, dass die klassenbewussten Arbeiter aufs neue zu eifriger Mitarbeit angeregt werden, um die Umwandlung der jetzigen unbefriedigenden Wirtschaftsform in die höhere Form, die sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu erreichen.

Wir sind sicher, dass der Verbandstag die ihm gestellte Aufgabe bewältigen wird. Wir begrüßen den Verbandstag und wünschen der Dortmunder Tagung einen erfolgreichen Verlauf.

SPD. In der Internationalen Transportarbeiterföderation ist der Wille zu praktischer Arbeit mächtig gewachsen. Diese Feststellung ist der Hauptpunkt in der Bilanz des Prager Kongresses. Die Erkenntnis, dass der Ausbau der internationalen Beziehungen erweitert werden muss durch die Förderung internationaler Aktionen, greift besonders in den Berufsgruppen um sich, die den internationalen Verkehr vermitteln. Die hierzu notwendigen organisatorischen Vorbedingungen wie auch die Schaffung einer internationalen Kampfkasse sollen durch den Generalrat unter Hinzuziehung von Vertretern der hauptsächlich in Frage kommenden Länder beraten werden.

Die wichtigste internationale Aktion sah der Kongress in der Bekämpfung des Faschismus und der Kriegsgefahr. Es liegt in den politischen Verhältnissen begründet, wenn dabei die Situation in Deutschland eine besondere Rolle spielte. Unter begeisterter Zustimmung des gesamten Kongresses konnte Fimmen erklären, dass die ITF den deutschen Arbeitern in ihrem Kampf nicht nur Sympathien, sondern, wenn notwendig, auch praktische Hilfe leisten werde. Mit dem IGB soll beraten werden, in welcher Form die Organisation eines internationalen Generalstreiks erfolgen kann. Die ITF wird sich für diesen Fall ebenfalls rüsten und vornehmlich die Verhinderung von Kriegstransporten propagieren. Aus den Aktionen gegen Polen und Ungarn konnten hierfür schon wertvolle Erfahrungen gesammelt werden.

Die Einstellung der ITF gegenüber den kommunistischen Bestrebungen auf Zersetzung der Gewerkschaften ist bedeutend klarer geworden. Nach den üblen Erfahrungen, die in einer Reihe von Ländern mit den kommunistischen Sektionen gemacht wurden, wächst der Wille zur einheitlichen Ablehnung aller kommunistischen Tendenzen - auch in den Ländern, die bisher noch an eine Zusammenarbeit mit Moskau glaubten. Nach den Kongressbeschlüssen kommen Sonderaktionen gegenüber den Russen nicht mehr in Frage. Den russischen Verbänden steht es frei, sich unter Anerkennung der Satzungen und Beschlüsse der ITF anzuschließen. Ein Paktieren mit der Roten Gewerkschaftsinternationale scheidet aus.

Auf wirtschaftspolitischem Gebiet sprach sich der Kongress für eine verschärfte Ablehnung des kapitalistischen Wirtschaftssystems und für den Übergang zum Sozialismus aus. Die Hemmungen in der Weltwirtschaft - so forderte er - müssen beseitigt werden. Reparationen und internationale Kriegsschulden sind zu streichen. Die Ideen der autarken Wirtschaft und die zur Zeit überall betriebene verkehrte Zollpolitik wirken sich gegen die Interessen der Arbeitnehmer aus. Einmütig stellte sich der Kongress hinter das Weltwirtschaftsprogramm des IGB, und er beauftragte das Sekretariat, durch besondere Konferenzen oder Beiratssitzungen die Spezial-Probleme des Verkehrs in diesem Wirtschaftsprogramm mit allem Nachdruck zu fördern.

Der Prager Kongress - das kann man erfreulicherweise feststellen - brachte nicht nur wertvolle Anregungen, er war auch ein bedeutsamer Schritt vorwärts zur Stärkung der internationalen Geschlossenheit der freien Arbeiterbewegung. Die Geschlossenheit kam auch in menschlich-sympathischen Vorgängen zum Ausdruck, so als der Kongress für den aus Altersgründen aus der Exekutive ausscheidenden Döring vom Gesamtverband eine Ovation darbrachte. An Stelle von Döring tritt Rudolph vom Vorstand des Gesamtverbands.

SPD. Bei der Reichsregierung scheint in der Frage der Ausgestaltung des Freiwilligen Arbeitsdienstes wenig Klarheit zu herrschen. Regierungsorgane, wie die "Deutsche Allgemeine Zeitung" behaupten, die Regierung denke an eine Ausdehnung des Freiwilligen Arbeitsdienstes in Richtung zur Arbeitsdienstpflicht. Das Reichsarbeitsministerium erklärt dazu, ihm sei von solchen Absichten nichts bekannt. Die Regierung behalte nur die Ausdehnungsmöglichkeiten des FAD im Auge.

Die Arbeitsdienstpflichtapostel versichern, dass nach Ansicht aller beteiligten Stellen die bisherigen Erfahrungen mit dem FAD "ganz ausgezeichnet" gewesen seien. So "ganz ausgezeichnet" scheinen uns diese Erfahrungen nicht zu sein; denn auch in der Unternehmerpresse sind bereits sehr kritische Stimmen über den Freiwilligen Arbeitsdienst laut geworden. Wenn aber wirklich die bisherigen Erfahrungen mit dem FAD so ausgezeichnet waren, dann ist nicht zu verstehen, warum die Freiwilligkeit des Dienstes unbedingt in einen Zwang verwandelt werden soll.



Gottgewollt?

Getreidepolitik im Kreise. — Brotpreissenkung darf nicht sein.

SPD. Die "grundsätzlich neue Staatsführung" der Regierung der Barone hat viel von ihrer gottgewollten Sendung. Der liebe Gott hat es nun mit Deutschland gut gemeint. Deutschland hat diesmal eine sehr reiche Ernte. Die amtliche Schätzung erwartet 8,1 Millionen Tonnen Roggen gegenüber 6,7 Millionen Tonnen im Vorjahr, 5,2 Millionen Tonnen Weizen gegenüber 4,3 Mill. Tonnen im Vorjahr; ebenso wird die Gerste- und Haferernte nicht unerheblich besser ausfallen. Aber mit diesen Deutschland so wohl gesinnten Gnadengaben des lieben Gottes ist die deutsche Junkerregierung garnicht einverstanden. Es werden alle erdenkbaren Massnahmen ergriffen, um die Getreidepreise möglichst hoch zu halten, obwohl die Landwirte bei einer reicheren Ernte mit niedrigeren Preisen auskommen. Eine reiche Ernte ist ein Geschenk, das auch den Aermsten etwas bringen könnte, nämlich durch Verbilligung der Lebensmittel. Das aber widerspräche dem Grundsatz, dass Deutschland für die Aermsten kein Wohlfahrtsstaat sein darf, sondern nur für die Privilegierten, mit denen Gott im Bunde ist. So wird in Deutschland eine Getreidepolitik gemacht, die das Tollste an Unsinnigkeit und Ungerechtigkeit darstellt.

Für den weit überwiegenden Teil der Landwirtschaft wäre der jetzige Roggenpreis von 160 Mark je Tonne völlig ausreichend. Dieser Preis von 160 Mark entspricht nämlich, durch die seitdem veränderten Bedingungen, einem Preise von mindestens 200 Mark im Jahre 1929. Die Produktionskosten sind nämlich gewaltig gefallen. Es wurden im abgelaufenen Erntejahr weniger künstliche Düngemittel verwandt; ausserdem sind die Düngemittelpreise empfindlich herabgesetzt. Die Löhne sind gesenkt, die Zinsen sind herabgesetzt worden und durch die Osthilfe wurde eine teilweise Entschuldung durchgeführt. Dabei erzielt man mengenmässig jetzt um eine 20 % höhere Ernte. Es ist also glatter Schwindel, wenn landwirtschaftliche Organisationen behaupten, dass "ein Roggenpreis von 160 Mark je to den Erfordernissen der deutschen Landwirtschaft in keiner Weise gerecht wird." Und das wissen die Landwirte auch selbst; denn sie würden den Roggenanbau nicht von neuem stark ausgedehnt haben, wenn es anders wäre.

Den jetzt gemeldeten Erweiterungen der Getreideanbaufläche und damit noch grösseren zukünftigen Erntesegen stehen auf der anderen Seite erhebliche Einschränkungen in der Viehwirtschaft gegenüber. Das zeigt, wie falsch und einseitig die Hochhaltung der Getreidepreise sich auf die Landwirtschaft auswirkt. Hohe Getreidepreise sind auch hohe Futtermittelpreise; wird unsere immer und immer wieder erhobene Forderung nach billigerem Futtergetreide nicht erfüllt, so wird die mit hohen Preisen künstlich gepöppelte Getreidewirtschaft von der Seite der Viehwirtschaft her gefährdet werden. Der Schweinebestand betrug am 1. Juni ds. Js. 21,3 Millionen gegen 22,5 Millionen vor einem Jahr und 25,3 Millionen am 1. September 1931. Die Senkung des Schweinebestandes hat die Verwertungsmöglichkeiten des Getreides als Futter für die Schweine sehr stark eingeschränkt. Die Abnahme der Ferkel, von denen es jetzt noch 5,5 Millionen gibt, wird bis zum kommenden Winter auf 700 000 geschätzt. Bis es schlachtreif wird, frisst aber jedes Ferkel 8 Zentner Getreide. Da-

nach kann man sich eine Vorstellung machen, wie nachteilig sich die infolge der hohen Getreidepreise eingeschränkte Schweinehaltung auf dem Getreideabsatz auswirken muss. Wird die einseitige Erhöhung der Getreidepreise fortgesetzt, so wird die Schweinehaltung weiterhin übermässig eingeschränkt - das gleiche gilt auch für die Hühnerhaltung - und das einzige Ergebnis ist, dass der am Getreideverkauf interessierte Teil der Landwirtschaft durch die unsinnige Preispolitik in stärkste Mitleidenschaft gezogen wird. So dreht sich die jetzige deutsche Agrarpolitik, die von Kopf bis Fuss nur auf die Junker eingestellt ist, völlig im Kreise.

Die Unsinnigkeit dieser Getreidepolitik wird höchstens noch von ihrer Ungerechtigkeit übertroffen. Entsprechend den gegenüber dem Frühjahr gesunkenen Getreidepreisen hätten längst die Brotpreise gesenkt werden müssen. Den Landwirten würde das nichts schaden; aber man lässt den Verbrauchern, den es wahrlich schlecht genug geht in Deutschland, einfach den Vorteil nicht zukommen, weil die Junkerregierung den empörenden Eindruck einer Brotpreiserhöhung in jenem Augenblicke fürchtet, in dem die jetzige Preiserhöhungspolitik sich durchsetzen würde. Dann würde nämlich dem Volk bewusst werden, wie die Verbrauchermassen trotz der reichen Ernte ausschliesslich zugunsten der Junker hochgenommen werden. Dass eine Verbilligung des Brotes längst fällig wäre, zeigt folgende Aufstellung:

	Weizen # je to	Weizenmehl	Roggen # je to	Roggenmehl
Mitte Mai	275	348	205	267
11. August	211	302	159	236
Preisermässigung	23 %	13 %	22 %	13 %.

Während also die Getreidepreise um 22 bzw. 23 Prozent gesunken sind, sind die Mehlpreise seit Mitte Mai nur um 13 % gesunken. An den Preisen für Weizengebäck ist seit dem Höchststand in diesem Jahre aber überhaupt keine Veränderung vorgenommen worden. Ausser in Königsberg und in Frankfurt a.M. hat es auch noch keine Brotpreisverbilligung gegeben.

Wenn die Reichsregierung eine ehrliche Politik treiben wollte, so hätte sie längst auf die Mühlen einen Druck ausüben müssen, um die Senkung der Getreidepreise voll in den Mehlpreisen zum Ausdruck kommen zu lassen. Sie hätte dadurch auch den Bäckern die Möglichkeit geben müssen, die Brotpreise entsprechend herabzusetzen. Das wäre eine Politik gewesen, die auch im wahren Interesse der Landwirtschaft gelegen hätte; denn wenn die Massen des Volkes das Brot billiger kaufen können, so können von den Einsparungen beim Broteinkauf mehr Fleisch und mehr Fette gekauft werden. Es wird also auch in der Mehl- und Brotpreisfrage dieselbe verrückte Politik gemacht, dass man um einen scheinbaren Augenblicksvorteils willen mit dem Volk in den Städten auch die Landwirtschaft selbst auf die Dauer schwer schädigt.

Diese Getreidepolitik im Kreise muss sich schwer rächen. Wird sie fortgesetzt, dann werden die Verbraucher noch mehr verelenden, das Einkommen der Landwirtschaft wird sich weiter verringern und schliesslich wird auch die Getreidewirtschaft, der alle diese Massnahmen dienen soll, zusammenbrechen. Die Menschen können einfach nicht alles Getreide, das mit dieser Ernte in Deutschland zu Verfügung steht, bei den jetzigen Kaufkraftverhältnissen aufessen. Und die Bauern sind nicht in der Lage mehr Getreide zu kaufen, nachdem die hohen Futtermittelpreise die Viehbestände so haben zurückgehen lassen. Es ist Verelendungspolitik für das ganze deutsche Volk in Stadt und Land, die von diesem durch und durch christlichen Kabinett der Junker gemacht wird.

SPD. Das Präsidium des Reichsverbandes der deutschen Industrie hat am Mittwoch zur Frage der Arbeitsbeschaffung Stellung genommen. Wegen der Bedeutsamkeit des Gegenstandes und der Auffassungen dieses wichtigsten deutschen Unternehmerverbandes geben wir im Folgenden das über die Tagung veröffentlichte Communiqué wörtlich:

"Der Reichsverband der deutschen Industrie vertritt den Standpunkt, dass auf dem Wege einer öffentlichen Arbeitsbeschaffung eine konjunkturfördernde Beeinflussung nicht erreicht werden kann, und lehnt alle uferlosen Pläne, die zur Ausführung von Milliarden-Projekten von verschiedenen Seiten aufgestellt worden sind, nach wie vor ab. Eine Besserung der innerwirtschaftlichen Lage und eine allmähliche Behebung der Arbeitslosigkeit kann nach Auffassung des Reichsverbandes nur dann erhofft werden, wenn die innerwirtschaftlichen Hemmungen, die die freien Entwicklungsmöglichkeiten beeinträchtigen, beseitigt und die Produktionskosten derart gesenkt werden, dass die Betriebe wieder rentabel wirtschaften können.

Es wurde aber anerkannt, dass unter den gegebenen Verhältnissen die öffentlichen Stellen, einschliesslich der Reichsbahn und der Reichspost, die Aufgabe haben, diejenigen Arbeiten mit möglichster Beschleunigung in Gang zu setzen, die zur Erhaltung des öffentlichen Vermögens notwendig sind, und zwar in einem erheblich erweiterten Umfange als bisher vorgesehen.

In diesem Zusammenhang wurde auch die Frage des freiwilligen Arbeitsdienstes und der Arbeitsdienstpflcht erörtert. Dabei wurde festgestellt, dass der freiwillige Arbeitsdienst einer möglichsten Förderung bedarf und dass in einem weiteren Ausbau des freiwilligen Arbeitsdienstes auch die organischen Grundlagen für eine spätere Einführung der Arbeitsdienstpflcht gefunden werden können."

Diese Stellungnahme des Reichsverbandes war auch in ihren Einzelheiten zu erwarten. So wenig es überrascht, dass der Reichsverband sich von einer Senkung der Produktionskosten, worunter ganz zweifelsfrei in erster Linie auch die Löhne gemeint sind, sich für die Verringerung der Arbeitslosigkeit etwas verspricht, so absolut widersinnig und empörend bleibt der Gedanke weiterer Lohnsenkungen. Dass mit der Beseitigung der innerwirtschaftlichen Hemmungen noch grössere Freiheiten für Monopole und Kartelle und der Abbau des Schlichtungs= sowie der Umbau des Tarifwesens gemeint sind, ist klar. Die Erfahrung hat aber bewiesen, dass selbst der allerstärkste Abbau der Löhne, wie er schon erfolgt ist, weder für eine Mehrbeschäftigung in der Industrie noch für eine Erhöhung der industriellen Rentabilität etwas bedeuteten. Hinsichtlich der Arbeitsbeschaffung stimmen die Unternehmer im ganzen den jetzigen Absichten der Reichsregierung offenbar zu, nur mit der Betonung, dass Reichsbahn und Reichspost noch mehr Aufträge vergeben sollen. Dass sich der Reichsverband nur bedingt für die Arbeitsdienstpflcht ausspricht, ist immerhin bemerkenswert.

SPD. Der Reichsbankausweis vom 15. August lässt im ganzen eine weitere Verstärkung der Geldflüssigkeit in Deutschland erkennen, was als konjunkturrell günstig angesehen werden muss. Die Handelswechsel sind weiter um 130,4 auf 2913,5 Millionen gesunken, und im Gegensatz zu der sonstigen Entwicklung der Monatsmitte haben die Lombarddarlehen nur um 0,7 auf 106,8 Mill. Mark zugenommen. Auch der Stand der Lombarddarlehen ist im Vergleich zu früheren Monaten recht niedrig. Die zinsfreien Gelder auf dem Girokonto haben sich um 4,6 auf 338,5 Millionen vermehrt. Der Notenumlauf ging um 79,0 auf 3743,1 Millionen zurück. Die Devisenbilanz blieb günstig; bei fast unveränderten Goldbeständen vermehrten sich die Deckungsdevisen um 5,3 auf 136,7 Mill. Mark.

SPD. Auch die Schiff- und Maschinenbau A.G. in Bremen (Deschimag) ist der Meinung, dass Deutschland ein Wohlfahrtsstaat für Unternehmer bleiben soll. Ihr Generaldirektor Stapelfeldt hat, wie jetzt bekannt wird, an den Reichskanzler und den Reichspräsidenten eine Eingabe gerichtet mit dem "bescheidenen" Ersuchen, das Reich möchte auf rund 10 Millionen Mark Forderungen gegenüber der Deschimag verzichten, um der Gesellschaft die Kapitalumstellung zu erleichtern. Das Reich hatte bei der Sanierung der bremischen Schröder-Bank, die beim Lahusen-Skandal bekanntlich mit grossem Getöse zusammenbrach, eine Forderung von 7 Millionen Mark gegen die Deschimag und von 3 Millionen aus einer Anleihe für die Deschimag übernehmen müssen. Das Kapital der Deschimag soll von 14 Millionen auf 700 000 Mark zusammengelegt werden. Das ist das Ergebnis der famosen Wirtschaftsführung bei der Stapelfeldtschen Werftenpolitik. Um das Kapital nicht voll verloren geben und die Grossaktionäre bei der beabsichtigten neuen Kapitalerhöhung besser behandeln zu können, soll der Steuerzahler nun durch den Verzicht auf 10 Millionen Mark die Misswirtschaft der Deschimag bezahlen helfen. Die Papen-Regierung hat sich ihren Kundgebungen gegen jegliche neue Subventionen ausgesprochen. Wir sind sehr gespannt, wie sie den von ihr abgelehnten Begriff des Wohlfahrtsstaates im Falle der Deschimag auslegen wird.

Grössere Nachfrage = Gefestigte Preise.

(Berliner Getreidebörse vom 17.8.)

SPD. An der Berliner Produktenbörse herrschte am Mittwoch insbesondere für Weizen eine gut stetige Stimmung. Vorbörslich hatte sich im Freiverkehr sogar eine festere Tendenz durchsetzen können, da das Angebot erheblich geringer ist, während gute Nachfrage herrschte. Bei Beginn der Börse stellte sich auf Grund der höheren Preise wieder ein vermehrtes Angebot ein, sodass die anfänglichen Preisgewinne zum guten Teil wieder verloren gingen. Immerhin waren am Markte der Zeitgeschäfte sowohl für Roggen wie für Weizen die Notierungen durchschnittlich um eine halbe Mark höher. Im Handel mit effektiver Ware wurde Weizen unverändert notiert, während Roggen eine Mark einbüsste. Im Mehlhandel stellte sich vermehrte Nachfrage nach Weizen- und Roggenmehl ein. Es konnten auch einige Umsätze stattfinden, jedoch nur zu unveränderten Preisen. Auch für Mehl zur Herbstlieferung zeigte sich einiges Interesse. Für Hafer war die Stimmung freundlicher, sodass sich bei spärlichem Angebot und besserer Kauflust der Preis um etwa 1 bis 2 Mark befestigen konnte. Gerste blieb unverändert ruhig.

	16.8.	17.8.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	202 - 204	202 - 204
Roggen	158 - 160	157 - 159
Futter- und Industrieroggen	158 - 167	158 - 167
Hafer	136 - 145	138 - 145
Weizenmehl	27,25 - 31,25	27,00 - 31,00
Roggenmehl	22,10 - 24,10	22,10 - 24,10
Weizenkleie	10,90 - 11,20	10,80 - 11,10
Roggenkleie	9,20 - 9,40	9,00 - 9,25
<u>Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte:</u>		
Weizen Sept. 219 $\frac{1}{4}$ - 219 (218 $\frac{1}{2}$)		
Okt. 220 $\frac{1}{4}$ - 219 $\frac{1}{2}$ (219 $\frac{1}{4}$), Dez. 221 $\frac{1}{2}$ - 221 (220 $\frac{1}{2}$), Roggen Sept. 170 - 169 $\frac{1}{2}$		
(169 $\frac{1}{2}$) Okt. 172 - 171 $\frac{1}{2}$ (171), Dez. 175 - 174 (174 $\frac{1}{2}$) Hafer Sept. 144 $\frac{1}{2}$ - 144		
Brief (142 $\frac{1}{2}$).		

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D

Berlin, den 17. August 1932

Der Schrei.X

Von Iwan Turgenjew

SPD. Ich lebte damals in der Schweiz; ich war sehr jung, sehr selbstgefällig und sehr einsam. Meine Tage zogen schwer und freudlos vorüber. Noch wusste ich vom Leben nichts, aber schon war ich der Langeweile, dem Trübsinn und Aerger verfallen. Alles auf Erden erschien mir nichtig und trivial, - und wie dies mit überaus jungen Menschen oft der Fall zu sein pflegt, mit geheimer Schadenfreude hegte ich den Gedanken an - Selbstmord. "Man wird schon sehen. Ich werde mich rächen..." ging es mir durch den Kopf. Doch was sollte man sehen? Wofür wollte ich mich rächen? Das wusste ich selbst nicht. Das Blut gährte in mir wie Wein in einem luftdicht verschlossenen Gefäss, nichts weiter... mich aber dünkte es, als müsste ich dem Wein einen Ausweg verschaffen, als wäre es an der Zeit, das beengende Gefäss zu vernichten. Byron war mein Held.

Eines Abends beschloss ich, gleich Manfred die Menschen zu verlassen und dorthin, in die weite Ferne der Berggipfel, hoch über die Gletscher zu ziehen; dorthin, wo es kein Pflanzenleben mehr gibt, wo kahle Felsen sich türmen, wo jeder Laut erstarrt und man nicht einmal das Brausen der Wasserfälle hört.

Ich weiss nicht, was ich dort zu tun beabsichtigte. Vielleicht war Selbstmord mein Ziel. Fort war ich...

Ich ging lange, zuerst einen Feldweg, dann schmale Pfade, immer höher und höher. Die letzten Häuschen, die letzten Bäume lagen hinter mir. Steine, lauter Steine umher... Und schon verspürte man den eisigen Atem des unsichtbaren, doch bereits nahen Schnees, schon rückten allseits gleich schwarzen Wolken die nächtlichen Schatten heran.

Ich hielt inne, endlich.

Welch seltsame Stille in diesem Reiche des Todes!

Und ich stand allein da, ein lebender Mensch, allein mit all meinem unmassendem Kummer, mit meiner Verzweiflung und Verachtung. Ein lebender Mensch, der dem Leben entflohen, der des Lebens satt war. Ein heimliches Entsetzen ergriff mich, aber ich wähnte, sehr gross zu sein!...

Kurz und gut - ein Manfred!

Allein! Ich bin allein! wiederholte ich. Allein dem Antlitz des Todes gegenüber. Ist es jetzt nicht an der Zeit? Ja, es ist Zeit. Leb' wohl, du nichtiges Weltall! Ich stosse dich mit dem Fusse weg.

Und plötzlich, just im gleichen Augenblick, erreichte ein seltsamer, von mir nicht gleich erfasster, aber ein Laut des Lebens, ein Menschenlaut mein Ohr.

Ja, das war der Schrei eines Kindes, eines Säuglings! In dieser öden, wilden Höhe, wo jedes Sein schon längst für immerdar erstarrte, der Schrei eines Kindes! Mein Erstaunen machte plötzlich einem andern Gefühle Platz, dem Gefühl einer überquellenden Freude. Und ich lief Hals über Kopf dem Schrei nach, diesem leisen, kläglichem, rettenden Schrei.

Bald flimmerte ein zitterndes Flämmchen vor mir auf. Ich lief immer schneller und stand nach einigen Augenblicken vor einer niedrigen Schutzhütte. Aus Steinen zusammengefügt, mit gedrückten, flachen Dächern, dienen sie

wochenlang den Bewohnern der Alpen als Zufluchtsort.

Ich stiess die halb offene Tür auf und drang mit solcher Hast in die Hütte ein, als ob der Todesengel mir auf den Fersen wäre.

Auf der Bank gab eine junge Frau ihrem Kinde die Brust. Der Hirt, wahrscheinlich ihr Mann, sass neben ihr. Die Beiden starrten mich an. Allein ich brachte keinen Laut hervor. Ich lächelte nur und nickte mit dem Kopfe...

Byron, Manfred, die Träume vom Selbstmord, mein Hochmut und mein Grössenwahn - wo waren sie alle hin?...

Der Säugling hub wieder an zu schreien. Ich segnete das Kind und die Mutter und den Vater. O, inbrünstiger Menschenschrei eines eben geborenen Lebens, du brachtest mir Rettung, du brachtest mir Heil.

(Deutsch von S. Borissoff).

X
Der Geiger von Bagdad.

SPD. Er war ein Russe, ein Emigrant; geschlagen von dem kulturvernichtenden Revolutionär Masse Mensch. Sein Leben war alles hingebende, versöhnende, berauschende Musik; seine ihn langsam aufzehrende Krankheit begann bei der Flucht vor den revolutionären Massen Russlands; sein Tod war der Tod des Verdurstens in der steinernen, grausamen syrischen Wüste zwischen Bagdad und Damaskus. Die unerbittliche syrische Wüstensonne vollzog den letzten Akt seines menschlichen Daseins, die irdische Verbrennung. - Als einer der besten Virtuosen des letzten Zaren von Russland, von der Revolution aus seiner Heimat vertrieben, gelangte er mit seiner jungen Frau auf abenteuerlichen Wegen über Persien nach Bagdad. Heimatlos, aller Habseligkeiten beraubt, fand er bald als erster Geiger in dem Luxushotel Carlton in Bagdad sein Brot. Allabendlich entzückte er mit seinem herrlichen Spiel die halb europäische, halb arabische Gesellschaft auf den Terrassen des Hotels, an dessen Mauern der Tigris seine trägen, lehmigen Wassermassen vorüberschob.

Eines Tages bekam er eine Einladung aus Damaskus, dort vor der europäischen Kolonie ein Gastspiel zu geben. Er sagte zu. Zwei Tage später stand er reisefertig in einer Garage in Bagdad, von wo er mit einem Automobil, besetzt mit noch vier andern Arabern, durch die 800 Kilometer lange syrische Wüste nach Damaskus reisen wollte. Ein kurzer Abschied von Frau und Kind, der Motor sprang an, und das Auto fuhr fauchend über die von deutschen Pionieren während des Krieges erbaute Pontonbrücke über den Tigris dem Westen der syrischen Wüste zu.

Nie hat der Wagen seinen Bestimmungsort erreicht. Acht Tage später fanden ausgesandte Flugzeuge das Automobil einige hundert Kilometer von Damaskus entfernt an der Strasse nach Bagdad im Sande steckend. Der einzige Ueberlebende, ein Araber, schilderte die furchtbare Tragödie, die sich in der Wüste abgespielt hatte.

Am zweiten Tage der Fahrt - die Sonne brannte mit 55 Grad unbarmherzig auf das steinerne Meer hernieder - verlor der Chauffeur, ein Belgier, die Orientierung. Stundenlang fuhr er kreuz und quer umher, ohne auf alte Wagenspuren zu stossen, nach denen man Richtung nehmen konnte. Am dritten Tage bekam der Chauffeur einen Wahnsinnsanfall. Das Wasser ging aus. Die Araber sassen den ganzen Tag auf ihrem Gebetsteppich, das Gesicht in der Richtung nach Mekka, der heiligen Stätte Arabiens, gerichtet, um Allah um Schutz und Beistand zu bitten. Der Russe nahm seine Geige, um sich die trüben Gedanken zu verscheuchen. "Immer fort spielte er", erzählte der Araber. "Und sang und... lachte dabei." Am vierten Tage nahm er seine Geige und zerschlug sie am Kühler des Motors. Dann lief er dem Chauffeur nach, der am Abend vorher in die

Wüste gegangen war. Der Wahnsinn hatte auch ihn gepackt. So fanden die Flugzeugführer ihn und den Chauffeur einige Kilometer vom Auto entfernt, tot, den Kopf in den Sand gebohrt.

In den europäischen Zeitungen konnte man eine kleine Notiz lesen, dass zwischen Bagdad und Damaskus ein Automobil sich verirrt hätte und die Insassen verdurstet wären. Gleich darunter stand die Anzeige eines Theaters, in der für die beste Komödie dieses Jahres Reklame gemacht wurde.

Ein Schicksal unter hunderttausenden; nur jedes hat eine andere Form, eine andere Art der Empfindung.

Giselher Mumm.

Zwei Rechthaber.X

SPD. Im Jahre 1845 weilte Berthold Auerbach, der Verfasser der "Schwarzwälder Dorfgeschichten", in Leipzig und wurde dort auch mit Heinrich Laube bekannt, der damals noch ein Gesinnungsgenosse Heinrich Heines war. Auerbach stammte, wie bekannt ist, aus einem Dorfe und tat sich auf seine genaue Kenntnis des Landlebens nicht wenig zugute. Aber nicht allein das: er war in diesen Fragen rechthaberisch bis zur Unerträglichkeit.

Eines Tages ärgerte er Laube durch die Bemerkung, eine Menge Einzelheiten, die sich auf Ackerbau und Viehzucht bezögen, verstünde nur der zu beurteilen, der vom Lande sei; der Städter sei in solchen Dingen meist von erschreckender Unwissenheit. Laube, der ebenfalls ziemlich rechthaberisch war, sagte daraufhin mit höhnischer Miene: "Ist Ihnen denn in Ihrer Weisheit schon einmal aufgefallen, worin Goethe in seinem Epos "Hermann und Dorothea" gegen die Naturkenntnis gesündigt hat?" Auerbach war verblüfft und wusste keine Antwort. "Aha!" machte Laube triumphierend, "dacht' ich's doch! Nun, in Goethes Dichtung geht man (im vierten Gesange) durch den Weingarten hinaus aufs Feld und freut sich im Weingarten über die reifenden Trauben und draussen über das wogende Kornfeld. In der Natur trennt sie ungefähr ein Vierteljahr voneinander. Im Juni oder Juli gibt es Kornfelder, im Oktober erst Trauben. Und das haben Sie übersehen können, Sie Mann der genauesten Naturkenntnis?" Auerbach brach in Lachen aus und rief: "Ja, manchmal schlummert auch der gute Homer!"

So berichtet Laube selbst in seinen Lebenserinnerungen.

Das Schönste aber an dieser Sache ist, dass beide, Laube sowohl wie Auerbach, Unrecht haben. "Hermann und Dorothea" spielt nach Goethes eigener Angabe Anfang August 1796. Und Anfang August kann es sehr wohl reife (nicht reife) Trauben neben wogenden Aehrenfeldern geben. Es wäre ja auch sonderbar, wenn ein so gut beobachtender Dichter wie Goethe sich eine solche Nachlässigkeit, wie sie Laube und Auerbach annahmen, hätte zuschulden kommen lassen. Dass aber zwei starre Rechthaber sich so blamieren, das ist der Humor von dem Geschichtchen.

Karl Quenzel.

Wenn du Reichtum ernten willst, so musst du Reichtum säen.

Englisches Sprichwort.

Das verwandelte Amerika.^x

SPD. Wenn in einem Elektrizitätswerk eine Störung auftritt, dann wird sie in ihren Ursachen genau nachgeprüft, weil man sie in Zukunft vermeiden will. Es handelt sich dabei immerhin um Ursachen, die verhältnismässig leicht auf wissenschaftlicher Grundlage erforscht werden können. Viel schwieriger ist es, wirtschaftlichen, soziologischen und politischen Störungen so eindeutig nachzuspüren, dass alle Welt von den zu treffenden Massnahmen zur Verhinderung künftiger Störungen überzeugt ist. Auch heute noch sind die meisten Angehörigen aller Völker wunderglaubig. Wenn in Deutschland in Millionen von Flugblättern und Zeitungsartikeln, in ungezählten Reden und Diskussionen der Marxismus beschuldigt wurde, unser wirtschaftliches Elend verursacht zu haben, so findet man in andern Ländern, die heute nicht minder leiden müssen, entsprechende Erklärungen. In Amerika sind die Neger oder die Japaner schuld am Sterben der berühmten "Prosperity"; in manchen Gegenden Russlands waren am Elend der Bevölkerung die Deutschen schuld usw. Ueberall hatte man den Sündenbock gefunden, an den primitive Gemüter glauben konnten. Inzwischen beginnt es sich in der Welt und auch in Deutschland herumzusprechen, dass es so etwas wie eine internationale Krise gibt. Und wenn auch die illustrierte Beilage eines deutschen "Weltblattes" vor kurzem noch darauf hinweisen zu müssen glaubte, dass in Amerika jeder dritte Einwohner ein Auto habe, so kann das die Tatsache, dass auch in Amerika das grosse Wirtschaftswunder der Prosperity in das nicht minder grosse der tollsten Depression verwandelt ist, nicht mehr verschleiern. In Amerika hat es immer marxistenreine Regierungen gegeben. Aber die Wirtschaftskatastrophe schnürt heute Millionen von Amerikanern die Kehlen zu. Niemand weiss, wie die von allen Mitteln entblösten Menschen leben; niemand weiss, wo sie schlafen; niemand weiss, wie man ihnen wieder Arbeit geben kann. Ein deutscher, bürgerlicher Journalist, der unter dem Pseudonym A.E. Johann schreibt, hat den aner kennenswerten Versuch unternommen, das neue Amerika, das Land der am Ueberfluss Verhungerten, das Land, das auch im Elend unbegrenzte Möglichkeiten bietet, den deutschen Lesern näher zu bringen. Er ist durch Kanada gereist, vom Atlantik bis nördlich des kanadischen Felsengebirges und von dort zum Stillen Ozean; er sah den Westen wie den Osten der Vereinigten Staaten; er hat das Land vor Jahren in seiner Blüte, im Wahn der kapitalistischen Konjunktur gesehen und konnte nun Vergleiche anstellen, die er in einem Buche niedergelegt hat. ("Amerika, Untergang am Ueberfluss", Verlag Ullstein).

Wenn man hier die Schilderung der Lebensschicksale arbeitsloser Amerikaner liest, dann könnte man glauben, Jack London sei auferstanden, um für die Aermsten der Armen, für die Opfer des Profitwahnsinns, Verständnis zu werben. Johann aber bietet noch mehr: Er ist wirtschaftlich genug geschult, um den Zusammenbruch Amerikas in seinen grossen Ursachen zu erkennen. Es liest sich wie ein unerhörtes Drama, wenn man den Zusammenbruch des Kanadischen Weizenpools, der grössten landwirtschaftlichen Genossenschaft der Welt, erlebt, wenn der Niedergang der amerikanischen Baumwollfarmen, die wahnsinnige Profitjagd in den Oelfeldern von Texas und Oklahama und das Eingreifen des um seine Steuern besorgten Staates schonungslos offenbart wird. Wo einst meilenweite Weizen- und Baumwollfelder waren, da trägt heute der Wind die Ackerkrume davon: Die Farmen sind verlassen, die Maschinen rosten. Der Ueberfluss an Weizen und Baumwolle hat die Preise in den Abgrund sinken lassen. Die Farmer konnten nicht einmal mehr ihre Maschinen bezahlen, dieselben Maschinen, die sie vorher veranlasst hatten, Menschen auf die Strasse zu setzen, dieselben Maschinen, die sie aber auch zwangen, nur noch eine Getreideart, eben Weizen, anzubauen, ihr Vieh abzuschaffen und auf den Anbau andrer Produkte zu verzichten, sodass sie sich in den Krisenjahren nicht einmal mehr selber ernäh-

ren konnten. Hier ist die Grenze des privat"wirtschaftlichen" Denkens aufgezeigt. Die Maschine hat die Produktivität erhöht, aber sie konnte die unsichtbare Preismaschine nicht bezwingen. Und was tut der kapitalistisch verseuchte Staat? Er lässt das Getreide auf seinen Musterfarmen auf dem Halm anzünden; er empfiehlt den Baumwollbauern, jede dritte Baumwollpflanze stehen zu lassen, damit sie dann der Vernichtung anheimfalle. Was, man erstickt am Ueberfluss? Also weg mit dem schädlichen Zuviel! Das Meer frisst Kaffee; Milch rinnt in die Flussläufe; Eier sind gut genug zum Baseballspiel; immer weg mit dem Ueberfluss! Gewiss, Menschen hungern; sie wären bereit, den Ueberfluss ohne jede Gegenleistung zu verzehren, aber der Policeman passt auf, dass nichts der Vernichtung entgeht. Der Gottheit des Marktpreises werden Millionen von Menschen geopfert.

Auch heute noch ist in USA der Hungernde ein Verbrecher. "Wenn ich an ihrer Stelle und sie an meiner wären", sagt ein Unternehmer, dann liessen sie mich genau so hungern. Warum also soll ich mich für sie verantwortlich fühlen?" Das Trägheitsmoment des kapitalistischen Denkens ist in Amerika viel zu gross, als dass jetzt schon die Verpflichtung der Gesellschaft zur Hilfe erkannt würde. Die Arbeitslosen selbst sind vielfach so sehr von der kapitalistischen Ideologie erfüllt, dass sie Suppenküchen schon als eine ungeheure Leistung empfinden. Im Lande des Hochkapitalismus ist proletarisches Denken noch weniger zu finden als in Deutschland. Gewiss macht die Radikalisierung der Massen unerhörte Fortschritte, und die Polizei wird zum Kampfe gegen die Hungernden besonders gedrillt. Aber erst dann, wenn die Not noch krasser geworden ist, wenn unter dem Eindruck der Krise die Massen die letzte Lebenshoffnung verloren haben, dann wird die Umformung des politischen Denkens einsetzen, die zu einem Dauererfolg der vor allem von den Kommunisten geschickt betriebenen Agitation führt.

Man hat uns Amerika früher als das Land der Millionäre, der hochbezahlten, vor allem auch zufriedenen Arbeiter geschildert. Heute wird unumwunden zugegeben, dass nur hochqualifizierte Arbeiter verhältnismässig gut verdienen haben, und dass der Durchschnittslohn genau so wie bei uns gerade zum Leben ausgereicht hat. Heute wirft man die Arbeitslosen aus ihren Wohnungen; die auf Abzahlung gekauften Häuser, Möbel und Autos sind ihnen längst abgenommen worden. Amerika steht mitten in der Wirtschaftswende. Ein Kontinent ist in Bewegung geraten. Ein Kontinent, nur einer? Nein, die ganze Welt, die dem Gotte des Kapitals huldigt, ist eine aufgeschaukelte Ameisenhaufen. Und die Hüter des Kapitals stehen ratlos und hilflos da. Sie schreien nach der Polizei. Aber morgen werden sie auch die Polizei nicht mehr bezahlen können. Grosse und kleine Städte stehen, nicht nur in Amerika, vor dem Bankerott. Und wer nicht mehr bezahlen kann, hat sein Recht in diesem "System" verloren. Aus dem Niedergang eines übersättigten Systems wird eine neue Ordnung entstehen. Die grösste Revolution der Weltgeschichte ist auf dem Marsche.

W.M.

Fahrt zu den Moselwinzern.^x

SPD. Heute wird einem der Pokal Mosel sogar in spezifischen Bierkneipen angeboten; der Moselwein mit seiner pikanten Säure ist populärer geworden, als er jemand war. Und - billiger! Wer seine Quellen kennen lernen will und sich in Koblenz wanderlustig umfragt, wird sicher zuerst nach Winningen gewiesen werden, einem Marktflecken mit grösstem Weinbergbesitz, dem der Koblenzer mit Vorliebe durch das Conder Tal zustrebt, und der noch nach alten Ueberlieferungen ein richtiges Winzerfest feiert, wenn der "Herbst" darnach gewesen ist. Den Titel des vielgesungenen Liedes "Mosel, schöne Köni-

gin!" hat sich dort ein altes Weinhaus aufs Schild geschrieben, und es ist gleichzeitig auch Schild am Eingang eines der schönsten deutschen Flusstäler. Schon eine Stunde weiter, bei Cobern, umfängt den Wanderer Burgen- und Kirchenromantik in einer Landschaft, die schon von den Römern geschätzt war, wie Villenreste und aufgefundenes Weinberggerät aus ihrer Zeit bezeugen. Die gewiss verwöhnten Südländer werden den "Untermosel" also besser zu beurteilen gewusst haben als spätere Weintrinker, die nach prunkenden Flaschenetiketten massen und nicht ahnten, dass ihnen statt der berühmteren Bernkasteler und Zeller Marken (wenigstens ehe es ein Weingesetz verbot) Winninger, Coberner, Lehmener und Hatzenporter vorgesetzt wurde; denn die meisten Untermoselweine kamen damals, von Weinhändlern der Mittelmosel aufgekauft, als dortige "Kreszenzen" auf den Markt.

Vorhof des berühmtesten Weingebiets an der Mosel ist der Cochemer Krampen, jene erste wunderliche Flusswindung, die man von der schlossgekrönten Kreisstadt erwandern muss. Erwandern; denn die Eisenbahn, die bis dahin an Moselkern, Müden, Carden, Pommern, Clotten und manchem andern achtbaren Winzerdorfe vorbeifuhr, kriecht jetzt durch einen vier Kilometer langen Tunnel. Fünfmal so lang windet sich die Mosel, der deutsche Mäander, durch den Krampen, in dem Valwig und Bruttig von Weinkarten her bekannt sind und Beilstein heimeliges Mittelalter in Burg und Markthäusern bewahrt hat. Jede Viertel- oder Halbstunde grüsst ein blaueschiefertes schmuckes Dörfchen, und überall locken die Strauss- oder Heckenwirtschaften, Schankstätten, die nur selbstgezogenen Wein verzapfen dürfen und statt des Schildes ein grünes Reis ans Haus geheftet haben.

An einer kleineren Moselschleife hinter Bullay, wiederum abseits von der Reichsbahn, für die nun eine private Kleinbahn (vom Schalk "Saufbähnchen" genannt) den Fluss entlang bis nach Trier läuft, liegt Zell, dessen ertragreichem Weinbergbesitz die Schwarze Katz zum Allerweltsruhm verholfen hat. Aber auch ohne sie verdient das Städtchen, dass man Rast in ihm macht und yeine von der Marienburg überragte Umgebung abstreift. In zwanzig Minuten erreicht man das ganz in Weinberge eingebettete Dorf Merl, in der doppelten Zeit Briedel, kann sich von beiden Orten in die Gemarkung von Kaimt übersetzen lassen und dann auf einstündigem Wege zur Marienburger Ruine bequem die gesegnete Rebenu am Schlossberg, an der Kreuzlay, am Geissberg und Jungferenberg übersehen. Von der Burg steigt man in einer halben Stunde zum Bahnhof Pünderich hinab, von dem eine "Weigbahn nach Traben-Trarbach führt. Reizvoller ist es, wieder die Kleinbahn auf dem rechten Flussufer zu benutzen, die Enkirch berührt und auf Reil blicken lässt, beide Dörfer zu Füßen namhafter Weinhänge gelegen.

Traben-Trarbach war von jeher bedeutender Weinumschlagplatz; alte Handels Häuser sind Erbbesitzer weltberühmter Edelerzeugnisse, deren Phantasienamen schon Empfehlung sind. Das Kasino durfte es sich also leisten, zwei Sängerkriege um ein Mosellied zu entfesseln, dessen Preis echter gewesen ist als das sehr unterschiedliche Gereimsel aus aller Welt. Die schöne Doppelstadt bildet die beiden Torpfeiler zum Gelobten Lande des Moselweins. Man gelangt hinein, indem man sich entweder weiter der Kleinbahn anvertraut, die den Wolfer Klosterberg umfährt, oder das freilich nur einmal sommertäglich verkehrende Dampfboot besteigt, das zwischen Koblenz und Trier an fast allen Orten eine Steg- oder Kahnstation hat. Man kann aber auch durch das "wildromantische" Kautenbachtal an Bad Wildstein vorbei wandern und langt nach zwei Stunden in Bernkastel an, von wo aus die andern Glanzpunkte dieses Wein- und Sonnenlandes in Halbstundenetappen zu erreichen sind. In Bernkastel besucht man auf Winzers Spuren selbstverständlich die Doktorstube und lässt sich von ihrem Wandrelief erzählen, wie Ritter Klaus mit einem Fässchen Bernkasteler seinen Kurfürsten vom kalten Fieber heilte. Im gegenüberliegenden Cues, dem Geburtsorte des grossen Kardinals Nikolaus, gibt es eine Lehranstalt für Wein-

bau. Die Winzer von Graach, Wehlen, Zeltingen, Uerzig, Erden und vom Josefshof scheinen diese Schule sämtlich mit Erfolg besucht zu haben; denn ihre Weinberge nutzen jeden Sonnenfleck; fast alles Strauchwerk der Hänge und Felsen ist gerodet; selbst aus glatten Leien saugt die Rebe das flüssige Sonnengold und die mineralische Edelwürze. Bis in die Wolken dehnt sich das Graacher Himmelsreich; erst hoch zu Häupten der Zeltinger Steinmauer dürfen Büsche grünen. Und dann gegenüber der Uerziger Würzgarten, das Erdener Treppchen, der Goldwingert, die Sonnenburg, die Wehlener Rosenberg! Weiter moselauf, hinter Cues und Lieser der Brauneberger von Dusemont, vom dulcis mons, dem süßen Berg! Jeder Name geachteter Klang auf dem deutschen Weinmarkt.

Die fünfunddreissig Kilometer Flusslauf, an dem sich das letzte Weingebiet zwischen Wintrich und Mehring hinstreckt, kann man nach dem Besuch von Piesport, Dhron, Neumagen und Trittenheim durch eine zweieinhalbstündige Bergwanderung von Detzem nach Mehring abkürzen und geniesst dabei einen jener Seenblicke, deren die Mosel einige hat, und die sie zum Lieblingsfluss der Paddler werden liess. Neumagen, das noviomagus der Römer, war damals Station der Strasse von Mainz nach Trier und Handelsplatz für Wein und Hunsrückholz. Auch um die Trevererstadt dehnen sich Weinberge, und wenn man auch gern scherzhaft nur vom Trierer "Viez" spricht, der Wein, im Trierer Sonnenkessel gekocht, ist auch nicht zu verachten.

Für die Rheinwanderer ist die Mosel lange Zeit, auch in Bezug auf ihren Wein, das Dornröschen gewesen; aber es ist erwacht, und nun weiss jeder:

Da müht sich rastlos Tag um Tag
der Winzer und die Winzerin
und windet Weinlaub dir zum Hag,
o Mosel, schöne Königin!

Richard Wenz.

Die Heirat des Herrn Stäudl.

Kriminalnovelle von Ferdinand von Saar.

3. Fortsetzung.

SPD. Eines Abends, da ich mich von der Arbeit weg gerade in meine Wohnung begeben wollte, sah ich das Weib davor stehen und durch das offene Fenster in mein Zimmer gucken. Das brachte mich in Wut. Was hat Sie da zu schaffen? schrie ich. Was spioniert Sie da?

Aber Jesus, antwortete sie, ohne im geringsten zu erschrecken, Mein S' doch nicht gleich so böse, Herr Stäudl! Was soll ich spionieren? Hab mir nur wollen Ihre Zimmerle anschau'n. Mein Gott - sie schlug dabei ihre weissen Hände zusammen, wie sieht's bei Ihne aus! Wie bei an Arrestant. Nit einmal Vorhangl haben S'. Wie können S' nur so allanig bleib'n, Herr Stäudl? Sie solltens brave Frau haben. Da hätten S' Ordnung. Auch sonst möcht's Ihne gut gehn. Hätten S' Freud' am Leben - und wären nicht immer so brummig.

Will Sie jetzt still sein. Sie unverschämte Person! sagte ich. Ich braug' Ihren Rat nicht. Schau' Sie, dass Sie weiterkommt!

No ja, i geh' schon, erwiderte sie und lächelte wieder. Aber bleiben S' nit so allanig, sag' ich Ihne. Damit entfernte sie sich langsam und griff dabei mit beiden Händen nach rückwärts, um den dicken Haarzopf aufzustecken, der ihr in den Nacken gesunken war.

Ich fühlte mich wirklich höchst aufgebracht über ihre Reden. Als ich aber in mein Zimmer trat, musste ich ihr unwillkürlich recht geben. Es sah in der Tat ganz gefängnismässig bei mir aus. Auch ziemlich unsauber. Ich konn-

te mir ja nicht immer die Zeit nehmen, ordentlich aufzuräumen. So war ich unzufrieden mit mir selbst - und blieb es auch. Ich fing sogar an, mich abends allein zu fühlen, und ging hin und wieder ins Wirtshaus, was ich früher niemals tat. Kurz, es war etwas in mir aus dem Geleis' gekommen - und ich konnte mich nimmer ganz zusammenfinden.

Eines Tages, so gegen den Herbst zu, fühlte ich mich unwohl. Aber ich war nicht gewohnt, auf derlei zu achten. Ging also wie sonst meiner Beschäftigung nach, auch nicht zeitiger zu Bette, vielmehr ins Wirtshaus, weil ich mir dachte, ein Glas Rotwein würde mir gut tun. Aber schon während der Nacht wurde mir ganz miserabel, und am Morgen konnt' ich nicht mehr aufstehen. Es war der Typhus, und ich weiss nicht, wie viele Tage ich im Delirium gelegen bin. In diesem Zustand kam es mir vor, als ob die Thomasin im Zimmer und um mich beschäftigt sei. Sie legte mir Umschläge auf den Kopf und tat auch sonst alles, was bei einem Schwerkranken notwendig ist. Aber ich wusste nicht, ob ich es nur träumte oder ob das Weib wirklich da war. Als ich wieder meiner Sinne mächtig wurde, da merkte ich freilich, dass es sich so verhielt. Die Herrschaft hatte sie zu meiner Wartung befohlen. Und die verrichtete sie in einer Weise - ich brauchte sie nur anzublicken, so wusste sie gleich, was ich wollte. Ich lag noch immer ganz kraftlos da und konnte mich lange kaum rühren - und da tat es mir so wohl, wenn sie die Decke oder die Polster richtete - und mir dann mit ihrer glatten Hand über die Stirn strich... Was soll ich noch sagen, Herr Untersuchungsrichter? Als ich wieder gesund war, hab' ich sie geheiratet."

"So weit wären wir also", bemerkte der Richter nach einer Pause.

III.

"So weit wären wir", wiederholte Herr Stäudl mechanisch. "Und ich muss sagen, dass ich mich zufrieden und glücklich fühlte. Denn ich lernte kennen, was es heisst, ein eigenes Hauswesen zu haben. Und die Thomasin - ich nannte sie auch nach meiner Verheiratung so - war eine ganz vortreffliche Hausfrau. In Wohnung und Küche alles immer spiegelblank, wie sie selbst. Es war eigentümlich, dass an ihr niemals etwas haften blieb, obgleich sie überall zugriff. Auf anderen ist gleich jeder Fleck sichtbar, der vom Himmel fällt, trotz aller Sorgfalt. Bei ihr aber musst' ich im stillen immer an den Schwan denken, der in dem kleinen seichten Teich in einem der Gärten gehalten wurde. So oft er auch unter das schlammige Wasser tauchte, er kam immer wieder zum Vorschein wie der frisch gefallene Schnee. Ja, so war sie. Und ich wusste nun auch, was es heisst, ein Weib besitzen. Den ehelichen Verkehr hatte ich mir den Umständen gemäss eingerichtet. Die Frau hatte Kinder, und die durften nicht etwa Zeugen von Zärtlichkeiten sein. Ich wies ihnen also das letzte Zimmer an, wo sie auch schliefen. In dem mittleren schlief die Thomasin; ich selbst blieb, wo ich immer gewesen, und obendrein wurde nachts die Tür zugemacht. Im übrigen waren wir eine Familie. Die Kinder, namentlich das Mädchen, waren wirklich lieb und gut; sie folgten mir auf den Wink, obgleich ich nicht ihr Vater war. Deshalb gab ich mich auch nicht viel mit ihnen ab. Es sind deine Kinder, sagte ich zur Frau; erziehe sie, wie du es für recht und gut hältst. Ich will nur, dass sie sich anständig benehmen. Das taten sie auch, denn obgleich ich ihnen kein böses Wort gab, fürchteten sie mich wie den Teufel. Eigene Kinder wollten sich nicht einstellen, mir war es ganz recht. Denn das hätte jedenfalls Unordnung ins Haus gebracht; auch würde ich mich gewissermassen vor den Stiefkindern geschämt haben, die ja doch schon heranwachsen und sich jedenfalls über die Sache ihre Gedanken gemacht hätten.

So lebte ich, wie gesagt, zufrieden und behaglich über zwei Jahre. Abends ging ich nie aus. Nur alle vierzehn Tage besuchte ich einen Verein, der die Gärtner der ganzen Gegend gegründet hatten, und wo neben geselliger Unterhal-

tung auch allerlei in unser Fach schlagende Gegenstände zur Sprache kamen. Ich war nie ein Freund von solchen Veranstaltungen, bei denen doch nichts anderes herauskommt, als dass ein paar vorlaute Leute den Ton angeben und sich geltend zu machen suchen. Wollte also anfänglich dem Verein gar nicht beitreten. Aber da hiess es: Was? Sie wollen sich ausschliessen, Herr Stäudl? Sie, eine unserer ersten Kapazitäten? Und wir haben die Absicht gehabt, gerade Sie zu unserm Obmann zu wählen! Da konnte ich wohl nicht anders und ergab mich darein, obwohl mir die ganze Sache höchst zuwider war.

(Fortsetzung folgt.)

* SPD.Vögel als Blitzschutz.^x Hinter dem alten Aberglauben, dass ein Haus, auf dem ein Storch nistet, nicht nur Kindersegen zu erwarten hat, sondern auch vor dem Blitz geschützt ist, verbirgt sich, wie so oft bei solchen Annahmen, ein Stückchen Naturwissenschaft. Man hat nämlich beobachtet, dass der Blitz Stellen mit starken unterirdischen Wasseradern bevorzugt, weil dadurch der kürzeste und sicherste Spannungsausgleich erzielt wird. Gegen die wahrscheinlich schädlichen Ausstrahlungen dieser Untergrundströme sind nun nicht nur die Wünschelruten, die an solchen Stellen stark ausschlagen, sondern auch manche Vögel empfindlich. Daraus erklärt es sich, dass die Niststellen der Vögel meist frei von störenden Bodeneinflüssen sind und deshalb der Blitz dort fast niemals einschlägt.

* SPD.Naturschutz in Afrika.^x Mit unglaublicher Geschwindigkeit dringt die Zivilisation überall vorwärts und bringt auch scheinbar undurchdringliche, urwüchsige Naturgebiete in Gefahr. So scheint z.B. auch Afrika, nach Mitteilungen des bekannten Forschungsreisenden Hans Schomburgk, nicht mehr lange ein Paradies für Wissenschaftler, Forscher und Jäger zu sein. Schomburgk glaubt, dass die Bezeichnung "Paradies Afrika" nur noch wenige Jahre zu Recht bestehen wird. Durch Schaffung gewaltiger Naturschutzgebiete versucht man heute schon, die restlose Vernichtung verschiedener afrikanischer Tierarten zu unterbinden. Die Zahl der im Nationalpark von Transvaal befindlichen Elefanten beträgt ungefähr noch 70. Auch verschiedenes andere, schon ziemlich selten gewordene Grosswild hat hier eine Heimstätte und ist durch Verordnungen vor der Mordlust mancher "Jäger" geschützt. Der grosse Naturschutzpark Transvaals, der Nationalpark, ist ungefähr ebenso gross wie Bayern und Württemberg zusammen.

SPD.Uebereifrige Gefälligkeit.^x Der Schaffner gibt das Abfahrtssignal. Herr Mäderich kommt über den Bahnsteig gerast. Der Schaffner reisst eine Tür auf, stösst Herrn Mäderich in den Zug, springt hinterher und sagt: "Beinahe hätten Sie den Zug nicht mehr erreicht."

"Sie Schafsgobb", knirscht ihn Mäderich an, während der Zug sein Tempo beschleunigt, "Ich wollte doch bloss ännen Brief nach Dräsdn in den Bosdwaachn werfen!"
